23. Sitzung

des Gemeinderates der Stadtgemeinde Stockerau am 16. Oktober 2017

Anwesend:

Bürgermeister:	Laab Helmut (bis 20:32 Uhr)	SPÖ
Vizebürgermeisterin:	Hermanek Susanne	SPÖ
Stadträte-SPÖ:	Eisler Elfriede, Holzer Othmar	
Stadträte-ÖVP:	Dr. Moser Christian, Mag. (FH) Völkl Andrea	
Stadtrat-FPÖ:	Kube Erwin	
Gemeinderäte-SPÖ:	Ambrosch Walter, Bauer Johann, Buchta Brigitte, Frithum Gabriele, Gübler Gerda, Ibraimi Setki, Minibeck Manfred, Pollak Daniel, Mag. Riedler Corinna, Ruzicka Jürgen	
Gemeinderäte-ÖVP:	Dkkfm. Bartosch Johannes, Dummer Gerhard, Mag. Falb Martin, Handschuh Monika, Hetzendorfer Gregor, KR Hopfeld Peter, Kopf Eleonore, Mag. Trabauer Manuela, Weiss Margit	
Gemeinderäte-FPÖ:	Mayer Wolfgang, Wiesner Karin, Ing. Winter Hardo	
Gemeinderäte-GRÜNE:	Mag. Kamath-Petters Radha, DI Pfeiler Dietmar, Mag. Straka Andreas	
Gemeinderat-NEOS:	Dr. Fischer Martin	
Entschuldigt:	StR Ryba Günter (SPÖ) StR OSR Kronberger Karl (ÖVP) GR Hellwein Christian (SPÖ) GR Preyss Michael (SPÖ)	

Namensnennungen im Folgenden ohne Titel.

Ort: Rathaus Stockerau - großer Sitzungssaal

Beginn: 18:30 Uhr **Ende**: 20:45 Uhr

Tagesordnung:

I. Eröffnung der Sitzung – Feststellung der Beschlussfähigkeit

II. Genehmigung des Protokolls vom 13.09.2017

III. Abstimmung über den Misstrauensantrag vom 18.09.2017 (eingelangt am 18.09.2017)

I. Eröffnung der Sitzung – Feststellung der Beschlussfähigkeit

Vizebürgermeisterin Hermanek eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Die Mitglieder des Gemeinderates wurden ordnungsgemäß eingeladen, die Tagesordnung ist rechtzeitig kundgemacht worden und es erfolgten keine Einwendungen.

II. Genehmigung des Protokolls vom 13.09.2017

Es wird der Antrag gestellt, das Protokoll der letzten Gemeinderatssitzung unverlesen zu genehmigen. Es entspricht dem Sitzungsverlauf und es gab keine Einwendungen.

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Prostimmen:	SPÖ	14
	ÖVP	11
	FPÖ	4
	GRÜNE	3
	NEOS	1

III. Abstimmung über den Misstrauensantrag vom 18.09.2017 (eingelangt am 18.09.2017)

Vizebürgermeisterin Hermanek: Aufgrund des Antrages StR Dr Moser Christian, StR Mag. (FH) Völkl Andrea, GR Mag. Falb Martin und GR Dr. Fischer Martin auf Ausspruch des Misstrauens gem. § 112 der NÖ Gemeindeordnung findet heute diese Sitzung innerhalb der gesetzlichen Frist statt.

Mit Schreiben vom 18.09.2017, bei der Stadtgemeinde am 18.09.2017 eingelangt, stellen die obgenannten Personen folgenden **Antrag**:

„Die gefertigten Gemeinderäte der Stadt Stockerau stellen gem. § 112 NÖ GO den Antrag, Herrn Bürgermeister Helmut Laab das Misstrauen auszusprechen.

Dafür sind insbesondere folgende Gründe maßgeblich:

- In der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Stockerau am 13. September 2017 wurde diesem das Ergebnis einer Gebarungseinschau der NÖ Landesregierung zur Kenntnis gebracht, welches in noch nie da gewesener Deutlichkeit ein insgesamt desaströses Bild der Stadtfinanzen zeichnet.
- Der Bürgermeister zeigte in der Sitzung keine Bereitschaft, für die aufgezeigten Mängel die politische Verantwortung zu übernehmen und hat auch keine konkreten Vorstellungen skizziert, wie er gedenkt, die Lösung der Finanzprobleme angesichts der großen Herausforderungen in Angriff zu nehmen.
- In derselben Sitzung wurde ein Antrag auf Genehmigung eines Nachtragsvoranschlages für 2017 von den Vertretern aller Parteien mit Ausnahme der SPÖ – also auch vom Koalitionspartner FPÖ – abgelehnt. Die Stadt ist damit finanziell weitgehend und in vielerlei Hinsicht auch operativ handlungsunfähig.

Unterzeichnet von StR Dr. Moser Christian, StR Mag. (FH) Völkl Andrea, GR Mag. Falb Martin und GR Dr. Fischer Martin.

Gibt es dazu eine Wortmeldung?

Stadträtin Völkl: Wir haben uns heute zur Sitzung hier zusammengefunden. Die wurde einberufen mit einem einzigen Tagesordnungspunkt, und zwar mit dem Tagesordnungspunkt - dem Bürgermeister dieser Stadt das Misstrauen auszusprechen. Es ist mir schon klar, dass das ein sehr gewichtiger Grund ist und eine sehr bedeutende Maßnahme, aber der Grund dafür, der Anlass liegt für den Vertrauensverlust bereits in den letzten Monaten, Beschlüsse, die aufgehoben wurden, beschlossen wurden, aufgehoben wurden vom Bürgermeister, die schlechte Finanzlage, Schulden, die versucht werden in die Zukunft zu schieben, aber ausschlaggebend war dann die letzte Sitzung. Die letzte Sitzung, in der der Nachtragsvoranschlag besprochen wurde und auch beschlossen hätte sollen und auch der Bericht zur Gebarungseinschau, wie hier mit diesem Bericht umgegangen wurde. Es kamen keine klaren Antworten, nicht von der Finanzstadträtin, auch keine befriedigenden Antworten von Herrn Bürgermeister, dafür wurde der Buchhaltungsdirektor immer wieder in eine politische Diskussion hinein gelassen, die eigentlich von jemand anderen geführt hätte werden müssen. Aber was wirklich

dann in der letzten Sitzung herausgekommen ist, das ist, dass keine Einsicht zu finden ist seitens des Herrn Bürgermeisters, dass es wirklich Handlungsbedarf gibt in dieser Stadt, dass es um die Zukunft unserer Stadt geht, und mir kommt da vor, dass es eigentlich mit dieser fehlenden Einsicht auch ein fehlendes Bewusstsein dafür gibt, wie man mit diesen Themen umgeht, wie Beschlüsse gefasst werden, die ordentlich abgearbeitet werden müssen. Vielleicht hat man, wenn man an der Regierung ist, dass man glaubt, man hat schon ein bisschen eine Machtstellung, die man auch nutzt mit einer entsprechenden Mehrheit ohne Einbindung der anderen Fraktionen. Die Stadtfinanzen stehen so schlecht wie noch nie da. Bei der Gebarungseinschau und auch im Nachtragsvoranschlag sind die Fehlbeträge im a.o. Haushalt besprochen worden. Da muss ich eindeutig sagen, der Gemeinderat wurde eigentlich, wenn ich es höflich formuliere, nicht ausreichend informiert, oder es ist vergessen worden. Es gibt auch andere Worte wahrscheinlich dafür. Aber das Land NÖ hat uns jetzt aufgefordert, diese € 4,5 Mio. Fehlbeträge, die wir vergessen haben, ins nächste Jahr zu übertragen, mit einem Kredit zu bedecken. Das bedeutet, um unsere Zukunft steht es wirklich schlecht. D.h. zukünftige Erlöse, die wir haben aus Grundstücksverkäufen, müssen wir hineinstecken in ein Loch. Wir nehmen uns für die Zukunft jeglichen Spielraum für neue Projekte. Und das erfüllt mich wirklich mit Sorge, weil hier geht es in Zukunft nicht mehr um große Projekte. Ein Volksschulprojekt steht an, der Umbau mit € 9 Mio. Das gehört finanziert. Es ist die Frage, wie wir das dann finanziell schaffen. Die Kindergärten werden auch Plätze benötigen. Die Unterführung der ÖBB bei der Hornerstraße steckt auch im Nachtragsvoranschlag drinnen, die eigentlich mit so einem große Volumen in den Voranschlag 2017 gehört hätten. Denn jetzt haben wir eigentlich den Effekt, dass da draußen ziemlich eng ist, finanziell, und das ist alles terminlich diese Vorarbeiten gebunden, aber die Bedeckung ist nicht beschlossen. Das nenne ich einen verantwortungslosen Umgang mit dieser Stadt. Dann steckt noch die KIG, die hängt auch mit drinnen. Auch da hat das Land NÖ gesagt, die Zuwendungen in dieser Höhe und auch auf Kreditfinanzierung sind nicht zulässig. Da hängen 800 Gemeindewohnungen drinnen. Und das, denke ich mir, ist schon eine sehr große Verantwortung. Bürger dieser Stadt, die hier wohnen, verdienen es, dass sie hier verantwortungsvoll absichert sind, dass sie keine Sorge haben, was mit der Immobilie passiert, ob sie überhaupt noch Gemeindewohnungen bleiben, oder ob das vielleicht irgendwann in den nächsten Jahren schiefgeht, dass sie sich hier keine Sorgen machen müssen.
Ich würde mir für die Zukunft wünschen, muss ich ehrlich sagen, dass eine Zusammenarbeit mit den Fraktionen gesucht wird. Dass man wirklich im Team Dinge bespricht, vorbereitet und aufbereitet und dass Beschlussfassungen nicht für bereits umgesetzte Projekte hier im Gemeinderat nur mehr im Nachhinein beschlossen werden, sondern dass hier der Weg eingehalten wird, dass das Projekt besprochen wird, dass man sagt, in welcher Art und Weise man das machen will, und dass die Finanzierung auch im Vorfeld beschlossen wird.

Bürgermeister Laab: Ich antworte gerne, weil es mich wundert, wenn man von Verantwortungslosigkeit spricht. Im Gegenteil, ich gehe sehr bewusst mit dieser Verantwortung um. Ich wundere mich deshalb, weil man hier plötzlich von einem Finanzdesaster spricht, wobei sich die Finanzen in den letzten zehn Jahren im Wesentlichen sehr stark verändert haben zum Positiven. Der Schuldenstand, den man jetzt kritisiert, ist 2016 um € 20 Mio. geringer als 2007. Man hat 2016 einen Leasingstand, der sich halbiert hat. Man rechnet natürlich dann die Haftungen hinein und vergisst dabei aber, dass sich die Wohn- und Geschäftsgebäude in der Zeit, in der sie ausgegliedert wurden, im Verkehrswert sehr stark, weit über 30% positiv entwickelt haben. Also, hier kann auch keine Rede von Finanzdesaster sein. Man spricht von Planlosigkeit, dabei wurde berichtet und wurde auch im Finanzausschuss berichtet. Die

Damen und Herren sind ja in Kenntnis gesetzt, was die Gespräche nach der Gemeindeeinschau mit dem Land NÖ am Ergebnis gebracht haben, wie der Weg in Zukunft weitergeführt werden soll, dass hier die Möglichkeiten und die Vorbereitungen für diese Beschlüsse mit Abstimmung des Landes NÖ ins Laufen gebracht wurden und verschiedene andere Maßnahmen, die gesetzt wurden, sodass es mit der Entwicklung der Stadt keine Probleme gegeben hat. Man hat in den letzten zehn Jahren die Kindergartenplätze um 14 Gruppen auf 26 Gruppen ausgebaut. Es ist die schulische Versorgung in Vorbereitung, dass hier dementsprechend Klassen in Zukunft zur Verfügung stehen. Es ist mit den Sachbearbeitern, mit der verantwortlichen Gemeindeabteilung besprochen. Diese Projekte sind dem Land bekannt. Die haben uns auch bestätigt, dass diese Notwendigkeit besteht und dass die Ausführung derzeit geprüft wird. Also, es gibt auch hier keine ablehnende Haltung. Wir hatten eine Zeit, wo wir als Gemeinde Bedarfszuweisungen in Anspruch nehmen konnten, die uns zum Haushaltsausgleich zur Verfügung gestellt wurden, mit denen der ordentliche Haushalt ausgeglichen werden konnte. Dies hatten etliche andere NÖ Gemeinden. Dafür sind wir auch dem Land NÖ dankbar. Aber all das sind Maßnahmen, die in Abstimmung mit dem Land NÖ getroffen und umgesetzt wurden. Der Konsolidierungsplan wurde und wird dementsprechend adaptiert und ist mit dem Land abgesprochen. Ich sehe von den Zahlen her nicht die drastische Entwicklung, die hier gezeigt wird. Aus dem Grund glaube ich auch, dass es vielleicht andere Motive gibt, dass man zu diesen Maßnahmen greift. Ich für meine Person habe in den letzten zehn Jahren, speziell bei den Finanzen, sehr viele Dinge, die herausfordernd waren, auf einen Weg gebracht, und auch in Zukunft, in den nächsten ein, zwei, drei Jahren, wird der Haushalt der Gemeinde Stockerau und die Möglichkeiten dann so geschaffen sein, dass es auch in Zukunft eine Entwicklung in dieser Stadt geben wird, so wie es sie in der Vergangenheit auch gegeben hat. Es ist von Anfang an so gewesen, dass wir mit sparsamstem Umgang Dinge vorbereiten, und auch keine Prestigeprojekte haben.
Einbindung – hat man über viele Jahre versucht. Es wurden Voranschläge im Speziellen von der Finanzabteilung, von Herrn Dir. Zimmermann mit mir gemeinsam vorbereitet und vorgestellt. Es wurde die Möglichkeit geschaffen, sich einzubringen. Dies ist leider sehr sporadisch und sehr sparsam erfolgt, und wenn man sich jetzt darüber beklagt, dann verstehe ich das in der Weise auch nicht. Die Möglichkeit der Zusammenarbeit ist da, hat es in der Vergangenheit auch gegeben. Es wurde halt gesagt, ich schaue nicht auf das, was gebraucht wird, sondern um mich besser zu stellen.
Es ist eine persönliche Angelegenheit, mit der ein Bürgermeister umgehen muss. Für mich gibt es keinen Anlass in der Art und Weise dafür, dass man solche Handlungen setzt. Das ist die Demokratie, die das zulässt. Damit muss man leben. Aber ich sehe in erster Linie die Entwicklung der Stadt, die positive Entwicklung, weil wir mittlerweile keine Bedarfszuweisungen für den Haushaltsausgleich benötigen, und das Land uns bescheinigt hat, dass wir durchaus alleine, ohne Unterstützung des Landes, unsere Abschlüsse zusammenbringen. Wir haben den Plan, dass wir, wie gesagt, in zwei bis drei Jahren auch im außerordentlichen Haushalt eine Situation schaffen werden, die überzogenen Girokonten so darstellen zu können, wie es der Gesetzgeber vorschreibt. Der Weg ist vorgezeichnet, wir müssen ihn nur gehen. Dazu sind alle eingeladen. Dann wird es für Stockerau keine Probleme geben, sondern wenn die Zusammenarbeit, über die ich mich freuen würde, wenn sie auch wirklich gelebt wird, durchgeführt wird, dann sehe ich hier durchaus eine positive Zukunft für die Stadt, die wächst, die sich entwickelt, und wir können die Voraussetzungen schaffen, dass wir das positiv in die Zukunft führen.

Gemeinderat Fischer: Das ist der zweite Misstrauensantrag gegen den Herrn Bürgermeister seit der letzten Gemeinderatswahl. vor nicht einmal drei Jahren.
Beim ersten Misstrauensantrag, gerade ein Jahr nach der Wahl, habe ich mir noch gedacht, unser Bürgermeister mag vielleicht kein allzu gut wirtschaftender Bürgermeister sein, aber lassen wir ihn mal in Ruhe arbeiten und warten die Ergebnisse ab. Ich habe den Misstrauensantrag damals auch nicht unterstützt.
Erste Erschütterungen erfuhr dieses Vertrauen kurz danach: Das Auftauchen der „Wohnungswunschliste“, die die GRÜNEN ausgegraben haben, an einen Bauträger und die Reaktion des Herrn Bürgermeisters darauf vermittelte den Eindruck, dass er sein unmittelbares Umfeld, nämlich sein eigenes Sekretariat nicht im Griff hat, wenn es so abgelaufen ist, wie es dargestellt wurde. Gleichzeitig zögert der Bürgermeister nicht, seine Mitarbeiter bloßzustellen.
Dieser Vorfall hat mir auch gezeigt, dass der Bürgermeister offenbar in seinem beruflichen Umfeld den Eindruck erweckt, dass er eine derartige korrupte Praxis goutiert. Das ist wohl das Schlimmste daran.
Bald zwei Jahre später sieht das Bild noch schlimmer aus:
Ich sage jetzt zum rechnerischen Ergebnis der Gebarungseinschau nicht viel, dafür gibt es Finanzkaufleute. Sehr viele Punkte dieser Gebarungseinschau waren uns bereits aus den Berichten des Prüfungsausschusses bekannt und hätten eigentlich schon seit Langem bereits erledigt sei müssen. Ich war überrascht, dass die nach wie vor im Prüfungsbericht auftauchen.
Was jedenfalls gar nicht geht, ist, dass weder wir noch die Aufsichtsräte der KIG über diesen Gebarungseinschaubericht ohne Verzug informiert wurden. Zwischen dem Zeitpunkt des Einlangens des Berichtes und der Bekanntgabe sind fast 2 Monate vergangen. In dieser Zeit hat die KIG weiter Ausgaben getätigt. Und zwar immer in der Hoffnung, dass die Stadtgemeinde alle ihre Zahlungsversprechen und Bürgschaftszusagen nachkommen wird können. D.h. mit anderen Worte, dass der Vorsitzende des Aufsichtsrates, also Sie Herr Bürgermeister, ihre Geschäftsführer ohne Warnung in die Krida laufen lassen.
Das Ergebnis der Gebarungseinschau zeigt generell, dass in unserer Stadt fundamentale Grundsätze der Buchhaltung nicht eingehalten werden. Fremdwährungsdarlehen sind unterbewertet, Konkursforderungen sind nicht wertberichtigt, Außenstände sind möglicherweise verjährt. Das Ergebnis ist, dass die Rechnungsabschlüsse der letzten Jahre eigentlich korrigiert werden müssten, sie sehen weitaus schlechter aus als sie dargestellt wurden. Ob das gehäufte Fehler des Herrn Zimmermann sind oder ob doch ein Plan der politischen Führung dahintersteckt, sei dahingestellt – beides ist schlecht.
Ich habe in der letzten Sitzung den Eindruck gehabt, als würden Sie die Verantwortung, die Schuld an diesen aufgeworfenen Punkten der Buchhaltung in die Schuhe schieben. Wieder sehe ich da einen Bürgermeister, der seine Mitarbeiter im Regen stehen lässt. Sie haben unsere Stadt mit einem Unternehmen verglichen und gesagt, ein privates Unternehmen macht das auch so. Den Vergleich nehme ich nun auch. Wenn eine Sonderprüfung bei einer GmbH ein solches Bild ergibt, dann fliegt nicht der Buchhalter, sondern dann fliegt der Geschäftsführer, und zwar fristlos.
Ich glaube, es ist hoch an der Zeit, den Weg für einen Nachfolger freizumachen, der das finanzielle Debakel der Stadt ohne Wenn und Aber aufräumt, auch wenn dies tiefe Einschnitte für die Mitarbeiter und für die Bevölkerung mit sich zieht. Es würde uns nicht freuen, aber wir müssen weitermachen.

Bürgermeister Laab: Derartige Beschuldigungen finde ich schon ein bisschen sehr mutig. Außerdem, ich glaube, dass ein Missverständnis vorliegt. Wir haben uns nicht versteckt oder an einen Mitarbeiter einfach abgeschoben, sondern es hat gezeigt, wenn sich Gemeinderäte aus den Unterlagen Meinungen bilden, dass diese gleich direkt vor Ort zu erklären gewesen wären, weil eben der Buchhaltungsdirektor diese Möglichkeiten hat. Natürlich ist es für ein politisches Gremium einfacher, wenn man nicht so gezielt die Antworten bekommen möchte und damit aufgedeckt wird, dass die Einschätzungen, die man hat, gar nicht so stimmen, wie sie dargelegt werden. Man lässt sie im Raum stehen und stellt Behauptungen auf. Weder die KIG noch die Gemeinde haben die Situation, dass man hier finanziell davon sprechen muss, dass es hier nicht mehr weitergehen kann. Die Rechnungsabschlüsse, all diese Werke werden an das Land NÖ übermittelt, die werden dort geprüft. Ich verwehre mich dagegen, dass wir mit Absicht Dinge nicht darstellen oder nicht unterbringen, wenn sie von den Fremdwährungskrediten sprechen. Der Sachbearbeiter, der die Gemeinde betreut, hat keinen Wert auf diese Darstellung gelegt und hat mit dieser Darstellungsvariante, wie wir die Fremdwährungsdarlehen dargestellt haben, kein Problem gehabt, weil immer ordnungsgemäß die Kursverluste dementsprechend, wenn sie darzustellen waren, dargestellt wurden. Jetzt wird eine andere Darstellung verlangt. Es ist ein dargestellter Wert, der sich bis zum Darlehenslaufzeitende auch noch anders entwickeln kann. Das sind einzelne Maßnahmen, die von den Sachbearbeitern so oder so gesehen werden, aber das hat nichts mit einer versteckten oder falschen Darstellung zu tun. Es sind hier Dinge angesprochen worden, die falsch sind.

Gemeinderat Dummer: Ich denke zweifellos, Sie sind ein sehr volksnaher Bürgermeister. Ich persönlich glaube auch, dass Sie sehr gute Absichten haben und das Beste für die Stadt wollen. Nur letztendlich zählt nicht was Sie wollen, sondern es zählen die Ergebnisse. Wenn ich hier die Bilanz von der letzten elf Jahre, in denen Sie Bürgermeister der Stadt Stockerau waren und sind, kurz ziehe, dann muss man feststellen, dass es hier viele Versäumnisse gibt, auf der einen Seite im infrastrukturellen Bereich, Kanal, Wasser. Wir haben das mehrfach diskutiert, in den Straßen, das ist offensichtlich. Trotz guter Voraussetzungen, trotz einer guten Infrastruktur, trotz einer guten Lage der Stadt Stockerau geht hier nicht wirklich etwas weiter für den Bürger sichtbar oder spürbar. Wenn wir nach Korneuburg schauen, dort gibt es eine neue AHS, in Tulln gibt es eine Uni, in Stockerau sperrt die Kfz-Berufsschule zu. Und Bahnhof ist in Korneuburg neu gebaut, wir haben gerade einmal eine neue Stiege und einen Lift bekommen. In vielen Bereichen sieht man halt einfach, dass Stockerau in der Entwicklung hinten bleibt. Um hier etwas vorwärts zu bringen, ist einfach eine Vision notwendig und ein entsprechender Einsatz. Man muss halt laufen, wenn es viele Bürgermeister in NÖ gibt, um für die Stadt etwas zu erreichen. Ich persönlich vermisse also von Ihrer Seite vor allem eine Vision und einen entsprechenden Einsatz, um diese Vision dann auch auf die Straße zu bringen. Stockerau ist eine Stadt mit 18.500 Einwohnern inkl. Nebenwohnsitze und die Stadtgemeinde Stockerau ein Dienstleistungs- und Servicebetrieb mit 340 Mitarbeitern. Ein Betrieb dieser Größe braucht einfach ein entsprechendes Management, eine zeitgemäße Führung. Zeitgemäß ist die Führung in der Stadtgemeinde Stockerau mit Sicherheit nicht. Wir diskutieren ewig über ein neues Organigramm, über Verbesserungen in diesem Bereich, und ich persönlich finde den Führungsstil, über alles darüber zu fahren, die Entscheidungen treffen Sie und wir dürfen nur zustimmen. Das ist einfach nicht zeitgemäß. Es ist mehr Kooperation gefordert. Es ist einfach eine Zusammenarbeit auf allen Ebenen gefordert. Die einzelnen Abteilungsleiter brauchen klare Strukturen und Verantwortungen und Kompetenzen vor allem. Das vermisse ich. Das alles sollte eigentlich schon lange umgesetzt werden. Der Bremser in dem Bereich, das muss ich in aller Deutlichkeit sagen, das sind schon Sie. Wenn etwas nicht in Ihr

Schema passt, dann torpedieren Sie das immer wieder. Das haben wir in Ausschusssitzungen erlebt, wenn Dinge nicht von Ihnen kommen, dann werden sie torpediert, solange verschoben und verzögert, bis das irgendwie einschläft. Mit Müh und Not haben wir ein Bürgerservice durchgesetzt. Aber das Bürgerservice sitzt hinter derselben verstaubten Tür wie vorher das Kulturamt. Das war wirklich ein Amt in dem Sinn. Wenn Sie heute nach Korneuburg gehen oder nach Tulln, dann sehen Sie, wie ein Bürgerservice wirklich bürgernah ist, nämlich offen, dass der Bürger das auch wahrnimmt. Bei uns ist das sehr schwierig, das Bürgerservice, eben als solches auch zu erkennen. Das liegt nicht an die Mitarbeiter. Das liegt an der Führung und eben auch daran, dass sich Sie wider Willen haben, das auch wirklich umzusetzen, selbst wenn es beschlossen ist. Es gibt viele Beschlüsse, die dann eben verschleppt, verzögert oder nicht umgesetzt werden. Auf der anderen Seite werden Dinge gemacht, das hat man im Bericht vom Land NÖ gesehen, die keine Bedeckung haben. Wir haben das mehrfach aufgezeigt, auch bei den letzten zwei Rechnungsabschlüssen, über 200 Überschreitungen, die vom Gemeinderat nicht genehmigt worden sind, wie es eigentlich üblich wäre. Der große Pferdefuß in der Stadt Stockerau sind sicher die Finanzen. Die Finanzgebarung, und ich denke, da liegt die Verantwortung in erster Linie bei Ihnen auch, ist alles andere als in Ordnung, auch wenn Sie immer wieder sagen, es ist alles bestens. Wenn ich natürlich € 52 Mio. Schulden, für die wir haften, einfach ignoriere, dann komme ich schon auf sehr positive Zahlen. Aber die Schulden sind da, die werden auch nicht weniger. Seit neun Jahren werden sie nicht weniger. In Summe haben wir € 110 Mio. Schulden, € 21 Mio. mehr als 2006. Zum Vergleich, die Stadt Korneuburg hat ca. € 36 Mio. Schulden, nur um hier ein bisschen eine Relation herzustellen, wie da die Verhältnisse sind. Im Bereich der Finanzen kennen Sie eigentlich immer nur drei Antworten – neue Schulden, neue Schulden oder neue Schulden. Und wenn wir nicht zustimmen zu dem, dass wir neue Schulden machen, dann fallen Ihnen noch zwei andere Punkte ein. Das eine ist, wir können die Festspiele streichen, und das andere ist, wir können die Wirtschaftsförderungen streichen.

Die Stadt Stockerau in den letzten zehn Jahren hat jedes Jahr € 3 Mio. mehr ausgegeben als eingenommen. Wenn Sie wollen, kann ich Ihnen das vorrechnen. € 3 Mio. jedes Jahr. Die Festspiele in den guten Jahren machen ein Defizit von € 130.000,--, in schlechten vielleicht € 300.000,--. Die Wirtschaftsförderung beträgt € 60.000,--. Dazu muss man sagen, dass die Wirtschaft allein an Kommunalsteuer € 5,5 Mio. in die Stadtkassa einzahlt. Und wir diskutieren ständig über die Wirtschaftsförderung und über die Festspiele. Alle anderen Bereiche, wo hohe Defizite erwirtschaftet werden, in Millionenhöhe, annähernd in Millionenhöhe, die sind tabu, die dürfen wir gar nicht ansprechen, und wenn wir hier Lösungsvorschläge anbieten, wie z.B. bei der Alten Au, dann sind die solange in den Ausschüssen hin und her geschoben worden, bis sie einfach versandet sind. Es ist unmöglich, etwas durchzubringen in dieser Stadt, wenn Sie das nicht wollen. Sie haben die Mehrheit mit Ihrem Regierungspartner, und dann laufen wir sozusagen immer auf der Ferse. Das ist natürlich unbefriedigend, trotzdem werden wir nicht müde, diese Dinge auch aufzuzeigen, weil wir denken, es ist wichtig.

Der größte Sargnagel bei den Finanzen ist mit Sicherheit die KIG. In der KIG sind Sie der Aufsichtsratsvorsitzende und auch der Eigentumsvertreter. Sie vertreten die Interessen als Bürgermeister der Stadt Stockerau in der KIG. Seit neun Jahren erfüllt die KIG ihre Pläne nicht. Die Schulden werden nicht bedient und die Zuschüsse sind enorm, die wir leisten. Also, im letzten Jahr € 1,8 Mio., heuer waren € 2 Mio. geplant. Aufgrund der Vorgaben des Landes hat man das jetzt auf € 1,4 Mio. reduziert. € 1,4 Mio. Zuschüsse. Warum ist das notwendig? Weil die KIG Verwaltungsausgaben und Beraterkosten von € 1 Mio. im Jahr annähernd hat. € 1 Mio. gehen drauf für Verwaltung und Berater. Das sind die ganzen Einnahmen aus den Gemeindewohnungen nahezu. Trotz allen Bemühens im Aufsichtsrat, wo wir uns wirklich

sehr dafür eingesetzt haben, dass da eine Änderung der Politik passiert und dass endlich nach wirtschaftlichen Kriterien gehandelt wird, hat sich nichts bewegt. Sie haben das auch noch gerechtfertigt, dass das durchaus gut ist, wenn man so weiter vorgeht. Es ist kein Zustand, dass wir da jedes Jahr € 1,5 Mio. einzahlen.
Die Festspiele, durch das, dass man sich damit beschäftigt hat, das hat ja auch positive Effekte gehabt, ich habe mir das angesehen, haben im Schnitt jetzt um € 170.000,-- geringere Produktionskosten als früher unter der Intendanz von Haider. Würde man ähnlich auch mit allen anderen Bereichen vorgehen, also Sporthalle, dass man hier einfach sagt, ok, in diesem Bereich soll sich das bewegen, auch bei KIG, dass man sagt, die bekommen nur mehr € 800.000,-- und nicht € 1,5 Mio., dann kann man wirklich Einsparungen, nicht von heute auf morgen, aber in zwei bis drei Jahren ist das durchaus realisierbar. Nur von Ihrer Seite fehlt absolut der Wille, hier irgendetwas zu tun. Sie sind gar nicht willig, sich mit irgendetwas anderes zu befassen in den Ausschüssen oder in irgendwelchen Gremien oder runden Tischen als wie mit den Festspielen und der Wirtschaftsförderungen. Das können Sie auch ausrechnen, die Festspiele alleine und die Wirtschaftsförderung werden uns keine € 3 Mio. einsparen. Also, wenn wir nicht irgendwann beginnen, und auch mit den anderen Bereichen zu beschäftigen, wird das nichts werden. Und immer nur neue Schulden aufnehmen, kann nicht die Lösung sein. Ich denke eben, dass Sie nicht die Bereitschaft haben und auch nicht die Möglichkeit, diese Herausforderungen auch wirklich positiv zu meistern, die Herausforderung überhaupt anzunehmen oder anzuerkennen, denn Sie stellen immer alles in Abrede – das ist alles nicht wahr, es ist eh alles bestens, wir schwimmen in Geld. Aber wir haben in den letzten Jahren € 4,7 Mio. Zuschüsse vom Land bekommen, nicht für Investitionsprojekte – Hilflosenzuschüsse, weil es sich sonst im Haushalt nicht ausgegangen wäre. Wir haben die Reserven mit € 1,5 Mio. aufgelöst und trotzdem um € 21 Mio. mehr Schulden. Wenn Sie das alles addieren mit den € 6 Mio., die wir jetzt reparieren müssen, weil die in den Voranschlägen nicht enthalten waren, im Nachtragsvoranschlag, dann kommen Sie auf die € 3 Mio., die uns im Schnitt fehlen in den letzten 10 Jahren. Da ist das Jahr 2017 noch nicht mitgerechnet, wo Sie neue Schulden von € 14 Mio. geplant haben. Das haut den Schnitt ziemlich kräftig zusammen. Das alles und weil es einfach trotz intensivem Bemühens, egal ob jetzt im Aufsichtsrat in der KIG oder hier im Gemeinderat überhaupt kein Umdenken, kein Einsehen und keine Chance auf eine Veränderung unter Ihrer Führung gibt, darum halte ich diesen Misstrauensantrag für mehr als gerechtfertigt. Ich denke, wenn Sie jetzt in Ruhe darüber nachdenken und die Verantwortung hier wirklich zur Kenntnis nehmen und auf sich nehmen, dass es gar nicht notwendig wäre, wenn Sie selbst diesen Schritt tun und jemand anderen die Chance geben, diese Stadt zu sanieren und positiv in die Zukunft zu führen. Ich denke, es gibt Kapazitäten hier im Gemeinderat, die durchaus in der Lage sind, diese Herausforderungen zu meistern. Einfach aufgrund der Erfahrung in der letzten Zeit sehe ich hier in Ihrer Person nicht die Möglichkeit, dass das passiert.

Bürgermeister Laab: Eine Reihe von Aufzählungen, die Sie jetzt getroffen haben. Für Kanal und Wasser bin ich dankbar, weil es sich um Einrichtungen handelt, das hat der letzte Prüfungsausschuss auch aufgezeigt, wo in den letzten zehn Jahren einiges geschehen ist, z.B. wurde die B3 durch die Stadt zur Gänze saniert. Natürlich sind das Maßnahmen, die Geld kosten, die aber wichtig sind, dass sie gemacht werden. Dass man hier Behauptungen aufstellt, und das ist ja das, was immer sehr gut klingt, wenn man mit Millionen um sich wirft, die aber nicht der Wahrheit entsprechen, z.B. die Kfz-Berufsschule wird geschlossen In Wahrheit ist es so, dass es in den nächsten fünf Jahren sicher zu keiner Schließung dieser Kfz-Berufsschule kommen wird, weil es gar nicht möglich ist und weil dieser Ausbildungsstandort

gebraucht wird. Eggenburg, wo sie hinverlegt werden soll, muss erst dementsprechend adaptiert werden. Entsprechende Maßnahmen müssen erst gesetzt werden, wie Unterbringungsmöglichkeit mit einem Lehrlingsheim. Leider wird immer wieder vergessen, dass wir eine Berufsschule für Elektro haben, die zur größten Berufsschule in NÖ zählt. Die wird natürlich nie erwähnt, weil das ein positives Zeichen ist, dass es die in der Stadt gibt, darum reden wir nicht darüber.
Bahnhof: Es ist ein Bahnhof da, der durchaus von seiner Bausubstanz erhalten werden soll. Auch die ÖBB muss schauen, dass sie nur dort Ausgaben tätigt, wo sie gerechtfertigt sind. Durch sehr viele Gespräche und Verhandlungen meinerseits ist es gelungen, hier ein Konzept umzusetzen, dass es für die Pendler möglich macht, die Bahnsteige barrierefrei zu erreichen, und zwar mit einer Bahnhofshalle unter den Bahnsteigen, wo man die Möglichkeit hat, mit den Liftanlagen und dergleichen diese Züge bequem zu erreichen.
Bürgerservicestelle: Alle wir haben gesagt, wenn die Bestattung den Wechsel in das neue Friedhofsverwaltungsgebäude vollzogen hat, kann es zu einer Umsetzung kommen. Ich bin sehr dankbar für das Engagement, das die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leisten, das Service anzubieten. Die Qualität ist da und es wird auch in nächster Zukunft hier möglich sein, dass man in kostensparender Art und Weise ein Fenster nach außen schafft, wo dann diese Bürgerservicestelle untergebracht ist.
Es ist nur ein Schritt nach dem anderen möglich. Es ist hier auch schon diskutiert worden, dass Beschlüsse gefasst werden hätten sollen, dass wir mit der neuen Bürgerservicestelle in der Bestattung fertig sind und die Bestattung nicht einmal die Räumlichkeiten verlassen hat. Manchmal ist hier auch die Euphorie vielleicht ein bisschen zu stark dabei.
Hilflosenzuschuss, wie Sie ihn genannt haben - da müssen Sie die ganzen Gemeinden in NÖ aufzählen, die auch alle diesen Hilflosenzuschuss bekommen, oft in weit höherem Ausmaß, obwohl sie von der Einwohnerzahl wesentlich kleiner sind als Stockerau. Die haben ihn gebraucht, wir haben ihn gebraucht, und das Land NÖ hat diese Bedarfszuweisungsmittel, die zur Verfügung gestellt werden, aus dem Steuertopf von den Bürgern, die sie zur Verteilung zur Verfügung haben, und haben sie eingesetzt. Sie haben sie so eingesetzt, dass wir eben jetzt keine Mittel mehr brauchen, weil im ordentlichen Haushalt die Einnahmen und Ausgaben so ausgewogen sind, dass es uns möglich ist, unseren Verpflichtungen nachzukommen.
Die KIG, weiß ich schon, dass sie ein Thema ist, wo man hier gerne mit Millionenbeträgen jongliert, dass man von Darlehen spricht anstelle von Haftung, dass aber diese Haftung einen Wert darstellt, der sich in diesen zehn Jahren um einen sehr hohen Prozentsatz entwickelt hat, der aber nicht ohne Investitionen möglich ist. Mit dem neuen Gebäude, das die KIG jetzt errichtet, mit den zwei Geschäftslokalen auf diesem Platz, wird auch etwas für die Wirtschaft getan. Dass das vielleicht dem einen oder anderen nicht Recht ist, das kann schon sein. Die KIG wird genauso geprüft wie jede andere GmbH. Wir haben verschiedene Stellen und nirgendwo, können diese Kenntnisse geteilt werden. Es sind schon Beträge genannt worden, die hier von niemandem in der Größe nachvollzogen werden können, aber des Öfteren von fundierten Unternehmen, die für Prüfungen von Bilanz und dergleichen notwendig sind, widerlegt und anders dargestellt wurden und uns den Eindruck geben, dass hier richtig gehandelt wird.
Ich bin keineswegs Ihrer Überzeugung, dass es hier eine Überforderung darstellt, ganz im Gegenteil. Die Voraussetzungen waren seinerzeit nicht einfach, dazwischen die Wirtschaftskrise und all diese Dinge, die zu bewältigen waren, und haben die Arbeiten, die Finanzlage in dieser Stadt zu entwickeln, nicht einfacher gemacht. Wir kommen unseren Verpflichtungen nach. Ich bin, schon einmal erwähnt, überzeugt, dass wir in den nächsten zwei bis drei Jahren hier dementsprechende Voraussetzungen schaffen, dass seitens der Gemeindeabteilung, mit

der wir Gott sei Dank sehr gut zusammenarbeiten, ein Zeugnis ausgestellt werden kann, dass die dementsprechenden Vorgaben eingehalten werden. Ich verlasse mich da schon sehr auf das Kontrollorgan des Landes, das uns hier durchaus den richtigen Weg bescheinigt und deswegen komme ich zu einer ganz anderen Einschätzung als wie hier der Fall ist.

Gemeinderat Dummer: In Ihrer Aussage bestätigen Sie eigentlich das, was ich gesagt habe. Sie haben überhaupt keine Einsicht, überhaupt kein Verständnis für irgendeines. Wenn bei der KIG alles Bestens ist, wieso zahlen wir dort jedes Jahr € 1,5 Mio. ein, als Zuschuss, unabhängig von den Mieten, die wir sowieso zahlen, die auch € 1,5 Mio. ausmachen, zahlen wir um € 1,5 Mio. Zuschuss. Wenn alles in Ordnung ist und so ist, wie Sie sagen, und meine Verwaltungs- und Beraterkosten aus der Luft gegriffen sind, wieso zahlen wir dort € 1,5 Mio. jedes Jahr ein. Können Sie mir das bitte erklären.

Bürgermeister Laab: Weil es einen Plan gibt, der erstellt wurde, den es seit der Gründung gibt, der eingehalten wird, bei dem die Entwicklung auf mehrere Jahrzehnte ausgelegt ist und die Finanzen so geschaffen wurden, dass diese Aufwendungen notwendig sind. Wir halten uns an diese Vereinbarung. Die wurde vom Gemeinderat 2008 beschlossen und so vom Land NÖ zur Kenntnis genommen und geprüft. Diese Entwicklung findet im Moment statt. Es wurde von Anfang an so festgelegt- Mieten und Zuschüsse geplant und umgesetzt. In dieser Phase befinden wir uns jetzt. Von Anfang an war das jedem bekannt.

Gemeinderat Dummer: Das ist nicht richtig. Das ist schlicht nicht richtig. Der Plan hat vorgesehen, dass jedes Jahr € 1 Mio. getilgt wird mit diesen Zuschüssen. Und jetzt sind neun Jahre vorbei und es ist nichts getilgt. Das sind € 9 Mio., wo der Plan hinten nachhängt. Das ist kein Taschengeld. € 9 Mio. ist nicht irgendwas, zumindest für uns nicht. Als wirtschaftlich denkende Menschen sind € 9 Mio. nicht irgendwas, was man so im Vorbeigehen sagt, ja, ist halt passiert, werden wir schon sehen. Die KIG hat einen Aufsichtsrat gehabt, bestehend aus 14 Personen. 14 Personen, 3 waren gesetzlich vorgesehen. Warum 14 Personen? Damit eben Sie alle Beschlüsse durchbringen mit Ihren Parteikollegen und mit Ihrem Regierungspartner. Darum ist dieser Aufsichtsrat derart aufgebläht worden. Das ist unsinnig, weil es ist eh nichts zu bewegen dann, und ein wirtschaftliches Verständnis hat es in dieser Gesellschaft nie gegeben. Wenn Sie dort weiter die Verantwortung tragen, wird es das auch nicht geben.

Bürgermeister Laab: Sie stellen hier Anschuldigungen in den Raum, die einfach falsch sind. Diese 14 Personen wurden eingerichtet, weil auch die ÖVP maßgeblich beteiligt war, dass dieser Aufsichtsrat ausgeweitet wird, weil er sich von Anfang an nur aus den Mitgliedern des Stadtrates zusammensetzen sollte. Wenn hier die Situation eintritt, dass eine Fraktion im Stadtrat nicht vertreten ist, dass diese auch im Aufsichtsrat der KIG Platz findet. Dann hat man vehement verlangt, man müsste diesen Aufsichtsrat weiter aufmachen, damit jede vertretene Fraktion einen sogenannten Experten namhaft machen konnte. Deswegen ist der Aufsichtsrat so groß. Wir hätten ihn von Anfang an nicht so geplant gehabt. Es war aber die ÖVP maßgeblich daran beteiligt, dass diese Entwicklung stattgefunden hat. Das ist einfach die Wahrheit. Wir können gerne den Aufsichtsrat reduzieren, aber das ist nicht so vorgesehen gewesen, weil wir 2008 einen Beschluss gefasst haben, an den wir uns halten, so wie auch bei anderen Dingen. Das ist die Realität und so werden wir auch in Zukunft verfahren.

Gemeinderat Straka: Vielleicht kann ich auch beitragen, ein bisschen dazu, wo dieses Geld hinfließt.
Wir haben im Jahr 2016 einen Misstrauensantrag gegen Bürgermeister Laab gestellt.
Ein Hauptkritikpunkt unsererseits war schon damals die Informationspolitik des Bürgermeisters über die Vorgänge in unserer Tochter KIG. Nichtumsetzung von Informationspflichten gegenüber dem Gemeinderat sowie Verweigerung von Diskussionen über die Entwicklung der geschäftlichen Zukunft dieser für Stockerau wichtigen Gesellschaft. Die letzte Gebarungseinschau des Landes hat gezeigt, dass diese Kritikpunkte weiter einer Lösung harren. Besonders hinsichtlich der weiteren Finanzierung der KIG wurden Bedingungen aufgestellt, die nicht einfach zu meistern sein werden. Abgesehen von der laufenden Geschäftstätigkeit wird die Frage der Tilgung der Kredite, die für den Ankauf des Gemeindevermögens aufgenommen wurden, auf die Zukunft verschoben. Beträge in Millionenhöhe, 2008 bis 2016 wurden fast € 7,5 Mio. müssen für die Bedienung von Swaps aufgewendet werden, anstatt sie für die Tilgung der Kredite verwenden zu können. Es ist fast eine logische Folge, dass für die Bedienung der Kredite Substanz der KIG veräußert werden muss. Ich weiß schon, wir hören immer, dass diese Swaps Zinsabsicherungen sein sollen, das stimmt wahrscheinlich auch, nur Zinsabsicherungen für die kreditgebende Bank und nicht für uns.
Ein weiterer Punkt, der uns an der Integrität des Bürgermeisters zweifeln lässt, war ein namentlich nicht gekennzeichneter Artikel in der letzten Gemeindezeitung „Unsere Stadt“, in dem wir als die sogenannten „Grünen“ bezeichnet wurden. Eine ähnliche Diktion, in der im Stockerauer Gemeinderat vertretene Wahlparteien abschätzig tituliert werden, ist mir nicht bekannt. Solche Bezeichnungen mögen in Parteizeitungen üblich sein, in der amtlichen Stadtzeitung haben solche Aussagen nichts zu suchen. Wir erwarten uns in dieser Angelegenheit eine Entschuldigung des Bürgermeisters.

Bürgermeister Laab: Sie haben jetzt Dinge aufgezählt, die sich so darstellen, es würde sich so mancher wünschen, dass hier eine Person hier walten und schalten kann, aber hier hat es Gremien, wo Beschlüsse umzusetzen. Dinge zu behaupten, die in der Art und Weise nicht richtig dargestellt sind. Wenn hier eine Bezeichnung gewählt wurde, die nicht ordnungsgemäß ist in der Stadtzeitung, in einer Ausgabe von mir, ich möchte niemanden gering schätzen von den Fraktionen, die hier in dieser Stadt tätig sind, kann ich hier gleich vor Publikum, wenn Sie es wünschen natürlich auch in einem Text in der nächsten Stadtzeitung, eine Entschuldigung aussprechen. Ich möchte hier niemanden in seiner Bezeichnung beleidigen oder in irgendeiner Form geringschätzig darstellen. Das ist eine Sache, wenn so etwas passiert, dazu stehe ich, das ist kein Thema. Es tut mir leid. Das werden wir richtig stellen, das werde ich richtig stellen. Ich weiß jetzt nicht genau, welche Textpassage es ist, aber ich werde mir das ansehen.

Gemeinderat Straka: Es war ein Artikel über die Naturbiotope aus zweiter Hand.

Bürgermeister Laab: Es stammt nicht aus meiner Feder. Wir werden uns das ansehen.

Gemeinderat Straka: Als Herausgeber der Zeitung sollte man darauf achten. Ich bedanke mich dafür, nehme die Entschuldigung an.

Bürgermeister Laab: Danke.

Gemeinderat Straka: Zu den Zahlen, die ich angeblich falsch zitiert habe. Ich nehme die Jahresabschlüsse der KIG, die wir jetzt bekommen. Es war öfters auch erst nach Nachfrage. Es stehen die Zahlungen unter Swaps direkt drinnen. Das kann man sehr leicht nachsehen. Das sind in den letzten Jahren bis 2016 € 7,5 Mio.

Bürgermeister Laab: Die Bilanzzahlen kann man nicht mit den Cash-Zahlen vergleichen und es kann sich in der Bilanz in den Folgejahren noch ändern.

Gemeinderat Falb: Ich wollte auch noch ganz kurz das Wort ergreifen. Es geht heute um einen Misstrauensantrag. Die Frage ist - besitzen Sie das Vertrauen des Gemeinderates? Man kann auch als politischer Gegner durchaus Vertrauen gegenüber dem Stadtoberhaupt haben und auch wenn man gegen seine Vorschläge und gegen seine Politik ist, auch entsprechend dagegen stimmt, kann dieses Vertrauen gegeben sein. Es kann politische Unterschiede unterschiedlicher Ansichten gibt. Ich glaube, es kann auch sein, aber trotzdem kann es ein gewisses Vertrauen geben, wo man sagt, man braucht eigentlich keinen Misstrauensantrag zu stellen. Ein Misstrauensantrag ist tatsächlich ein sehr gravierendes Instrument, aber in Stockerau gibt es eine überdurchschnittliche Häufung. Wir haben ihn vor eineinhalb Jahren von unseren GRÜNEN-Kollegen gehabt. Diesmal haben wir gemeinsam mit Herrn Dr. Fischer zu diesem Instrument gegriffen. Warum?
Die Arbeit hier wird schlecht vorbereitet. Wir haben in der allerjüngsten Vergangenheit drei Beschlüsse gehabt, wo man in der nächsten Gemeinderatssitzung diese Beschlüsse wieder aufheben musste. Das ist an sich etwas, was bei einer normalen Arbeit eigentlich kaum oder nicht vorkommen dürfte, aber mit Bestehen fasst man Beschlüsse und dann drei Monate später darauf zu kommen, oder ein paar Wochen später, jetzt heben wir es doch wieder auf. Zuletzt war das Umschuldung und der Ankauf vom Nachbarhaus, den wir uns auch nicht leisten hätte können. Unsere Stadt ist auch in Schwierigkeiten, sie ist nicht die einzige Gemeinde, die in Schwierigkeiten ist, aber unsere Stadt ist in Schwierigkeiten. Es braucht hier eine stabile Mehrheit. Eine gescheite Zusammenarbeit, wo sich die Bürger verlassen können, im Rathaus wird ordentlich gesteuert, da wird ordentlich gearbeitet. Sie gehen herein in die Gemeinderatssitzung, das letzte Mal mit einem Nachtragsvoranschlag, wo scheinbar überhaupt nicht bekannt ist, hat er überhaupt eine Chance auf eine Mehrheit oder gar nichts. Eine ganze Patrouille von Beschlüssen, die wir gebraucht hätten, musste zurückgestellt werden aufgrund dieser schleißigen Vorbereitung. Es waren lauter wichtige Sachen für die Gemeinde. Es war eine Ausschreibung dabei für die Planung der Volksschule usw. Das sind alles keine Peanuts. Da müssen wir aufgrund dieser Vorgangsweise, da muss alles zurück, das ist kein Arbeiten, das ist bestenfalls Unsicherheit. Von einer stabilen, gescheiten Regierungsarbeit kann man da nicht reden.
Ein Thema ist auch gekommen, das ist das Thema „Verantwortung“. Mich hat das das letzte Mal extrem gestört, der Kollege Dummer hat es schon angeführt, mich hat extrem gestört, wie mit der Verantwortung über die Gebarungseinschauergebnisse umgegangen wird. Da wird so getan, als hätte die Verwaltung das zu verantworten. Und das ist nicht das erste Mal. Das kommt immer wieder in den Sitzungen vor – die Verwaltung, die Verwaltung, die Verwaltung. In der NÖ Gemeindeordnung steht drinnen im § 37 „Der Bürgermeister … , er ist Vorstand des Gemeindeamtes und Vorgesetzter der Gemeindebediensteten. Diese sind an seine Weisungen gebunden“. Der Bürgermeister von einem kleinen Dorf, von einer Stadt, egal, der Bürgermeister von Wien ist die verkörperte Verwaltung. Verwaltung ist er, d.h. sich da auf die Verwaltung – Verwaltung hat, Verwaltung hat versäumt, Verwaltung macht schlecht – ist nicht drinnen. Wie es das letzte Mal war, war aus unserer Sicht nicht ok.

Im nächsten Paragraphen: „Im eigenen Wirkungsbereich obliegen dem Bürgermeister … die laufende Verwaltung“. Es steht sogar wörtlich da. Der Bürgermeister ist in einer Stadt nach unserer Gemeindeordnung die Spitze der Verwaltung. Er verantwortet, was in der Verwaltung los ist. Was wir jetzt haben, momentan, muss ich ehrlicherweise sagen, ich bin ja, weil ich in Wien beruflich tätig bin, gar nicht so intensiv, wie manche Kolleginnen und Kollegen, die in Stockerau ihren Berufsmittelpunkt auch haben, was momentan auch auf mich, muss ich ehrlich sagen, verschiedenste Gemeindebedienstete zukommen, die wirklich ihren Frust, jetzt fangen auch Leute an zu kündigen, merkt man oder hört man, ich weiß nicht, ob das stimmt, aber man hört es jedenfalls, wenn man durch Stockerau geht. Da ist also auch unter den Führungskräften insbesondere ein wirklicher Frust. Da weiß man nicht, wie Projekte durchgeführt werden sollen, da weiß man nicht, wie Rechnungen bezahlt werden. Das, glaube ich, ist jedenfalls kein Hinweis für eine ordnungsgemäße Verwaltungsführung.
Besitzstandsdenken: Sie haben es zuvor gerade gesagt, sie können nicht so wirtschaften wie, das muss ja alles durch die Gremien, es muss alles beraten werden. Jetzt haben wir, ich weiß nicht einmal, ob das stimmt, vielleicht stimmt es auch nicht und Sie werden es widerlegen, aber im Z2000 werden Räume umgewidmet, scheinbar für Wohnzwecke, ohne dass irgend ein Gremium der Stadtgemeinde, oder täusche ich mich, vorab mit dieser Frage befasst wird. Es geht darum, dass es bisher als Veranstaltungsraum genutzt wird, genützte Flächen künftig Wohnzwecken zugeführt werden sollen. Niemand weiß von dem. Das wird nachher, oder, ich weiß nicht, ist es überhaupt schon irgendwo besprochen worden, war es schon im Finanzausschuss? Keine Ahnung, Ausschusssitzung sind ja vertraulich. Da im Gemeinderat wurde es jedenfalls noch nicht erwähnt. Das ist dieses Besitzstandsdenken. Also, ich setze um, die anderen frage ich nicht.
Unser Vertrauen haben Sie nicht. Deswegen haben wir diesen Misstrauensantrag gestellt. Ich würde mir sehr wünschen, aber auch wenn wir einer anderen politischen Auffassung sind, um das auch ganz klar zu sagen, es gebe so ein gewisses Grundvertrauen, aber das ist sicher nachhaltig gestört. Unsere Fraktion wird deshalb Ihnen heute jedenfalls ein Vertrauen nicht schenken können.

Bürgermeister Laab: Wenn Sie sagen, Beschlüsse aufheben. Das hängt auch damit zusammen, Verantwortung zu tragen. Wenn hier Dinge vorangetrieben werden, die beschlossen werden sollen, und wenn sich dann in der Diskussion herausstellt, dass man dazu noch keine Möglichkeit hat, oder sich damit nicht wohlfühlt, bevor man hier etwas mit Gewalt durchsetzt, geht man dann her und sagt, ok und nimmt diesen Beschluss von der Tagesordnung oder man hebt ihn auf. Natürlich ist es dann weiterhin ein Thema.
Für diese Beratung, die für Kreditveränderung notwendig wäre, ist ein Angebot gekommen. Vielleicht sollte man sich gleich einmal, um ein gewisses Vertrauen aufzubauen, damit auseinandersetzen, dass man sieht, ob das eine Situation ist, die man ins Auge fassen kann oder nicht. Einen Beschluss aufzuheben, sehe ich eher als Verantwortung als wie etwas durchzudrücken, wenn man merkt, dass sich der Gemeinderat in dieser Sache nicht sicher fühlt und dass es noch einen Diskussionsbedarf gibt.
Beim Ankauf des Nachbargebäudes, was ich immer noch für falsch halte, wenn man solche Chance nicht ergreift, ist ein Beschluss aufgehoben worden, weil es auch mit Verantwortung zu tun hat, wenn ein Beschluss gefasst wird und dann wird eine Aufsichtsbeschwerde gegen den Bürgermeister zu diesem Beschluss eingebracht. Da glaube ich, ist es verpflichtend, wenn man öffentliche Gelder verwaltet, dass man diesen Beschluss aufhebt, weil auch die Möglichkeit besteht, dass von behördlicher Seite dieser Beschluss aufgehoben wird. Man hätte einen Kaufvertrag unterfertigt, der keinen Beschluss hat. Es ist sicherlich verantwortungsvoller,

diesen Beschluss aufzuheben. Damit sehe ich keine großartigen Probleme, dass man das derartig ankreidet.
Wenn hier ein Nachtragsvoranschlag nicht beschlossen wird, dass die ÖVP Voranschlägen nicht zustimmt mit den diversesten Argumenten, war in der Vergangenheit so, aber wenn man eine Zusammenarbeit hat mit einem Partner und es hier aufgrund der Situation, die man auch erklären muss, weil man sich mit der Darstellung bis zur Beschlussfassung noch nicht sicher war, wie jetzt im außerordentlichen Haushalt das Land NÖ das sieht und diese Information nicht vollständig gegeben werden konnte, verstehe ich das, dass man sagt, ok, dann möchte man das geklärt haben, bevor man diesem Voranschlag zustimmt. Es ist zeitlich sehr eng zusammengefallen, hat nichts mit einem Misstrauen, mit einer schlechteren Zusammenarbeit zu tun, sondern im Gegenteil. Das zeigt von einer ordentlichen Zusammenarbeit, dass man hier durchaus sagen kann, das geht sich dieses Mal nicht aus, wir werden uns den Beschluss für das nächste Mal vornehmen. Man kann natürlich daraus etwas machen, wenn man möchte, aber man kann auch durchaus positiv damit umgehen.
Die Gebarungseinschau – zu kritisieren, dass der Zeitraum zu lange gedauert hat. Über den Sommer ist dieser Bericht gekommen. Es ist die Auflage, dass wir diesen Bericht bei der nächsten Gemeinderatssitzung dem Gemeinderat zur Kenntnis bringen müssen. Es steht meines Wissens nach nirgends, wie weit vorher das diskutiert werden muss und was für Kenntnisnahmen notwendig sind, in welcher Form Vorgespräche notwendig sind. Das ist meiner Ansicht auch nicht unkorrekt vonstattengegangen.
Wir haben verschiedene Gebäude, ob das jetzt Erholungszentrum, Sportzentrum oder auch das Z2000 ist. Wenn hier Vereinbarungen in der Verwaltung und in der wirtschaftlichen Abwicklung getätigt werden, dann wird das dementsprechend mit den Verantwortlichen besprochen, dass hier die wirtschaftliche Nutzung bestmöglich erfolgen kann, und wenn ein Pächter Interesse hat, Räume dazu zu pachten, dann wird dem Rechnung getragen, wenn es sich hier um Räumlichkeiten handelt, die so nicht in der Form genützt werden konnten, und dadurch zustimmen kann, dass er seinen Betrieb weiter aufrecht erhalten kann und es zusätzlich zu gesicherten Pacht- und Mieteinnahmen kommen kann. Dies ist sowohl im Erholungszentrum als auch im Sportzentrum durchaus in der Vergangenheit so gemacht worden. Es wird in dem Sinn keinen neuen Pachtvertrag geben, sondern es geht um Adaptierungen, die mit den Verantwortlichen abgesprochen sind. Das sind keine außergewöhnlichen Maßnahmen, die getroffen wurden. Mir kommt es so vor, entschuldigen Sie mir diese Anmerkung, aber weil es um die Person des Bürgermeisters geht, dass hier ein Weg eingeschlagen wurde, den Gedanken kann ich mir nicht verwehren, dass man gesagt hat, wenn wir in Zukunft politisch etwas verändern wollen oder hier die eigenen Positionen verbessern wollen, dann müssen wir die Person ständig anpatzen und dementsprechend auch alle demokratischen Möglichkeiten ausnutzen, um hier jemanden soweit zu bringen, dass er von selber dann am besten das Handtuch wirft.
Nur, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe ein Amt übernommen und ersehe einen Weg, der mir von Stellen, die unparteiisch sind, die verantwortungsvoll agieren, bestätigt wird, dass diese Dinge nicht so falsch sind, wie sie heute dargestellt wurden. Eine Entwicklung hat stattgefunden, die durchaus den Vergleich nicht scheuen lässt mit anderen gleichwertigen Städten. Wenn ich nach Tulln schaue, wenn dort € 50 Mio. Schuldenstand ist, und dann wird mir diese Stadt als beispielgebend vorgegeben, dann bestärkt mich das auch in Dingen, weil dort ist es offensichtlich nicht so tragisch. Ich sehe das ganz anders und diesen Weg, glaube ich, eher politisch motiviert sehe und nicht bezüglich in der Sache, weil Stockerau hat in den letzten 20 Jahren einen Weg begonnen, Konsolidierungsmaßnahmen zu setzen.

Wir fahren mit dem Personal herunter, auch wenn es immer wieder zu wenig war, was wir gemacht haben, aber wir haben gewisse Grenzen in der Machbarkeit erreicht haben. Sie werden eingestehen, dass Betriebe mit 340 Mitarbeitern wesentlich größere Veränderungen in der Personalstruktur durchmachen als die Gemeinde Stockerau. Dass dann und wann Mitarbeiter sich verändern wollen und vielleicht bei ihrem Arbeitsgebiet darauf kommen, dass das nicht das ist, was sie umsetzen wollen, dann ist das ihre ganz persönliche Entscheidung. Sie können sicher sein, dass wir mit unseren leitenden Mitarbeitern den ständigen Kontakt pflegen. Man kann jetzt nicht die dargestellte Meinung über den einen oder anderen Einzelfall von 340 Leuten ableiten. Das sind Aussagen, die kann man treffen, das ist eine Verallgemeinerung, da könnte man natürlich auch dagegen halten, aber ich halte es für falsch. Ich bin der Meinung, dass der Betrieb „Stadtgemeinde" sehr schwierige Voraussetzungen, Rahmenbedingungen hat und die Mitarbeiter sehr stark gefordert sind und manche auch an ihre Grenzen kommen, weil sie eben nicht nur diese Ressourcen haben, sondern die Vielfalt der Aufgaben, wo es u dementsprechender Belastung des Mitarbeiters führen könnte. Es ist die Herausforderung unserer Zeit, dass Dinge auf uns zukommen, dass Projekte abgewickelt werden müssen.

Gemeinderat Dummer: Das Nachbargrundstück, was kurz ein Thema war, ist eine Paradebeispiel für das Drüberfahren, was Sie üblicherweise als Führungsstil praktizieren. Wir haben uns da bei einem runden Tisch fast alle Fraktionen bis auf eine dagegen ausgesprochen und mit einer geschickten Abstimmungsarithmetik haben Sie es trotzdem durchgezogen. Wie sich nachträglich herausgestellt hat mit einem deutlich überhöhten Preis. Das ist genau dieser Stil, der einfach nicht zeitgemäß ist, und mit dem man eine Stadt nicht weiterbringt.
Sie sagen Tulln hat € 50 Mio. - Stockerau € 110 Mio. Aber was hat Tulln mit die € 50 Mio. bewegt und was hat Stockerau mit den € 110 Mio. bewegt. Das Krankenhaus in Stockerau entwickelt sich schön langsam zu einer Totgeburt. Tulln steht da, glaube ich, anders da. Der Hauptplatz in Tulln schaut sicher anders aus als wie der Rathausplatz in Stockerau. Und viele andere Dinge. Also, das ist ein irrwitziger Vergleich. Wenn Sie die € 110 Mio. Schulden, die die Stadt Stockerau immer noch nicht realisiert hat, dann wird mir echt Angst und Bange, wenn Sie ankündigen, dass Sie das aussitzen wollen noch die nächsten drei Jahre. Der Karren steckt eigentlich tief genug im Dreck. Und es ist sehr schwierig, jetzt noch die Kurve zu kratzen, um das halbwegs irgendwie hinzubringen. Aber wenn Sie drei Jahre noch so weiter fuhrwerken, dann sehe ich da wenig Perspektive, was sich da verändern soll. Es gibt überhaupt kein Umdenken von Ihrer Seite, zumindest für mich nicht erkennbar, und nur an dem festhalten und sagen, es ist alles Bestens, das ist wenig angesichts des Rechnungshofberichtes, angesichts des Einschauberichtes vom Land NÖ und angesichts der finanziellen Probleme, die wir haben. Sie sagen, es ist notwendig, manchmal etwas spontan zu tun. Das ist richtig, aber wie lange wissen wir, dass die Eisenbahnunterführung auf der Hornerstraße kommt. Ist die Finanzierung schon gesichert? Der Bauplan ist im Verzug. Warum? Weil wir kein Geld haben dafür. Und Sie sagen, alles ist Bestens.

Bürgermeister Laab: Herr Dummer, ich muss Ihnen widersprechen, das ist nicht richtig. Es gibt keinen Verzug im Bauplan. Der Bauplan ist im Plan.
Sie springen jetzt wild durch die Gegend, weil Sie jetzt das Landesklinikum der Gemeinde umhängen. Dass Sie Gemeinden vergleichen, wo ich gesagt habe, € 50 Mio. Tulln. Das ist diese Position aus dem Rechnungsabschluss 2016, wo bei uns bei dieser Position € 33 Mio. stehen. Das ist der Vergleich dazu. Sie vergleichen immer ganz andere Summe. Wenn Sie Vorwürfe machen, dass man nicht geschickt taktiert, dagegen verwehre ich mich. Es geht einfach nur so. Wenn man davon überzeugt ist, soll man diesen Versuch starten und ein

Grundstück anschaffen, auch wenn der Arbeitsübereinkommenspartner anderer Meinung ist. Man sagt ok, dann stellen wir diesen Antrag und stellen wir ihn auf die Tagesordnung, weil im Normalfall hier ein ablehnender Beschluss notwendig ist. Wenn aber dann von der ÖVP-Fraktion fünf Minuten vor der Sitzung plötzlich noch zwei oder drei Personen sich entschuldigen und hier eine Situation eintritt, dass der Gemeinderat mit den Stimmen der SPÖ beschlussfähig ist, dann ist es für mich unverantwortlich, jetzt herzugehen und zu sagen, weil ich es plötzlich beschließen könnte und ich der Meinung bin, dass es gescheit ist, nehme ich es von der Tagesordnung, um mir nicht den Vorwurf gefallen lassen zu müssen, es von der Tagesordnung genommen zu haben, sondern dann ist es auf der Tagesordnung und wird umgesetzt. Das war kein Taktieren, denn ich glaube nicht, dass ich Einfluss habe, wie viele Mandatare der ÖVP an einer Sitzung teilnehmen. Das sind einfach die Fakten. Wenn man daraus etwas konstruiert, dann finde ich das einfach unrichtig. Es gehört sachlich und richtig dargestellt.

Gemeinderat Dummer: Aber sachlich und richtig ist, dass dieser Beschluss nur durchzuführen war, weil auch ein Kollege der FPÖ zufällig an diesem Tag krank war. Das ist sachlich richtig.

Bürgermeister Laab: Ich werfe niemanden etwas vor.

Gemeinderat Dummer: Das ist sachlich richtig. Das haben Sie aber vergessen zur erwähnen.

Gemeinderat Pfeiler: Es ist heute eigentlich ein betrüblicher Anlass, zu dem wir hier zusammenkommen. Viel lieber würden wir Grünen heute über Bildung, Wirtschafsstandort, Verkehr und Umweltthemen uns befassen und darüber sprechen.
Ich möchte ihnen beispielhaft drei Gründe nennen, warum ich diesen Misstrauensantrag unterstützen werde. Die Liste der Beispiele ließe sich lange fortsetzen.
1. Beispiel – Projekte – wie mit Projekten in unserer Stadt umgegangen wird. Ich möchte das Beispiel des Volksschulzubaues hier ins Treffen führen. Herr Bürgermeister, Sie haben möglichst lange versucht, das Projekt am Gemeinderat vorbeizuführen. Gut, es ist eine Liegenschaft der KIG. Ist in Ordnung. Seit Frühjahr ist aber klar, dass vor weiteren Umsetzungschritten vorerst die Eigentümerschaft an diesen Schulen zu bereinigen ist und damit auch dem Gemeinderat zu befassen ist. Seither steht das Projekt, ein Baubeginn 2018 ist in weite Ferne gerückt. Und dies bei einer drückenden Raumnot, und zwar wirklich drückenden Raumnot in den beiden Volksschulen und bei weiterhin steigenden Schülerzahlen in einer wachsenden Stadt. Das ist unverantwortlich und inakzeptabel. Dafür, dass sich ein Baubeginn 2018 nicht mehr ausgehen wird und unseren Kindern ein angemessenes Lernumfeld vorenthalten wird, dafür trägt alleine der Bürgermeister die politische Verantwortung.
Als 2. Beispiel – die finanzielle Situation - wurde heute auch schon ausgeführt. Seit der Gebarungseinschau ist klar, dass die Stadt keinen finanziellen Spielraum und keine finanziellen Reserven mehr hat. Darüber hinaus ist festzuhalten, dass vorgelegte Rechnungsabschlüsse in Bezug auf die ausgewiesenen Darlehenssummen unrichtig und zahlreiche Projekte aus der Vergangenheit nicht ausfinanziert oder unterfinanziert waren.
Aber damit ist es noch nicht genug. Es wurde jetzt auch schon angesprochen. Als sich die Ergebnisse der Gebarungseinschau im Juni/Juli schon abgezeichnet haben, hat unser Herr Bürgermeister unter Negierung aller finanziellen Probleme der Stadt und unter Negierung aller einschlägigen Vorgaben der Gemeindeordnung und ohne Prüfung der Wirtschaftlichkeit

auch noch den Ankauf eines Gasthauses durchgedrückt. Nur eine aufsichtsbehördliche Beschwerde unsererseits konnte das Abenteuer noch stoppen.
Hätten Sie sich mit gleichem Elan und der gleichen Energie für die Klärung der offenen Grundstücksfragen beim Volksschulzubau eingesetzt, wären wir bei dem Projekt Volkschule schon viele Schritte weiter.
Herr Bürgermeister! Die politische Verantwortung für all das kann nicht auf leitende Beamte abgeschoben werden, die politische Verantwortung hierfür tragen alleine Sie.
Das Thema Zusammenarbeit wurde auch heute schon angesprochen. Ein aus meiner Sicht sehr wichtiges Thema in einer Gemeinde. Schließlich geht es darum, im lokalen Umfeld der Gemeinde die lokalen Belange, wie Schulen, Kindergärten, Erholung, Verkehr, Wirtschaft und Umwelt gemeinsam zu gestalten. Durch die Art und Weise der Amtsführung und Kommunikationskultur werden fruchtbare Debatten und Diskussionen meist verhindert oder vorsätzlich verschleppt. Vielmehr münden diese Debatten häufig in persönlichen Angriffen und Abwertungen. Für Fehlentwicklungen suchen Sie immer einen Schuldigen. Anstelle die Leute zusammenzubringen dividieren Sie die Gruppen in der Gemeinde auseinander. Ein Bürgermeister sollte integrativ wirken und Brücken bauen. Sie bauen die Brücken systematisch ab.
Diese Kritik bezieht sich nicht nur auf die Zusammenarbeit auf politischer Ebene, das würden wir Mandatare schon aushalten, sondern das gleiche Bild scheint auch bei Ihrer Zusammenarbeit mit der Verwaltung vorzuherrschen. Die Kündigung, wurde heute auch schon kurz angesprochen, eines leitenden Mitarbeiters könnte auch nur die Spitze eines Eisberges sein. Es scheint ein weit verbreiteter Frust vorzuherrschen, der zu Lähmungserscheinungen in der Abarbeitung der Themen und Projekte führt.
Sehr geehrte Damen und Herren. Loyalität von Menschen, z.B. Mitarbeitern oder anderen Menschen im eigenen Umfeld, ist ein sehr, sehr hohes Gut. Aus meiner Sicht beanspruchen Sie die Loyalität von Menschen, die mit Ihnen zusammenarbeiten müssen, über die Maßen und über die zumutbaren Grenzen teilweise hinaus. Dass Sie ihr Verhalten in Bezug auf die Zusammenarbeit in der Gemeinde und ihren Führungsstil ändern, glaube ich nicht mehr. Um diesen schwer über der Stadt liegenden Nebel der Lähmung zu überwinden, werde ich daher diesem Misstrauensantrag zustimmen.

Bürgermeister Laab: Also der Volkschulbau, ich weiß nicht, wie Sie darauf kommen, dass dieser 2018 nicht möglich ist. Die Arbeiten mit den entsprechenden Projektunterlagen sind im Laufen. Dies wird, wenn die dementsprechende Zustimmung in den Gremien erfolgt, wenn hier gemeinsame Wege erarbeitet werden, durchaus möglich sein. Das ist das, was wir in unserer täglichen Arbeit im Hintergrund mit den Mitarbeitern machen, zu denen ich so unloyal sein soll, wie es hier behauptet wird. Ich spüre da eher das Gegenteil, bei der Zusammenarbeit mit meinen führenden Mitarbeitern und sonstigen Mitarbeitern, die hier im Rathaus tätig sind, bekomme ich diesen Eindruck nicht vermittelt. Aber Einschätzungen können aber unterschiedlich sein. Und auch diese Einschätzung, finanziell keine Spielräume zu haben, ist einfach hier nicht richtig. Es ist richtig, vor allem das, dass man natürlich Investitionen ganz genau überlegen muss, deren Notwendigkeit prüfen muss und dann eben hier, bevor man so ein Projekt startet und so eine Investition tätigt, auch schauen muss, dass die Finanzierung gesichert ist. Dies war in der Vergangenheit in vielen Dingen so und ist auch in der Zukunft so. Ich habe schon mehrfach erwähnt, hier gesteht uns auch das dementsprechende Kontrollorgan des Landes Niederösterreich zu, dass wir hier auch in Zukunft unsere Möglichkeit haben. Das klingt so, als könnte die Gemeinde nichts mehr machen. Das ist einfach nicht richtig. Wir haben eine Situation, wo wir Liquidität, die durch die Grundverkäufe stattfinden wird, eben für Dinge verwenden müssen, um hier dementsprechende Rahmenbedingungen bei

den Kreditrückzahlungen zu schaffen. Aber wir haben trotzdem die Möglichkeit, unsere Infrastruktur und all diese qualitätsabsichernden Finanzierungen durchzuführen wie es auch in der Vergangenheit der Fall war und das wird auch in Zukunft so sein. Das sehe ich wesentlich anders und wird auch so bescheinigt.

Stadtrat Moser: Es wurde heute schon mehrmals gesagt, der Misstrauensantrag ist ein schwerwiegendes Instrument, ein schwerwiegender Antrag und wir haben uns den Antrag wirklich nicht leicht gemacht. Es ist keine angenehme Situation für den Bürgermeister, aber auch keine angenehme Situation für uns alle, die wir hier sitzen. Aber, das wurde auch schon gesagt, es ist ein gesetzlich zulässiges Mittel für schwerwiegende Fälle. Wir glauben, so eine schwerwiegende Situation liegt vor. Es ist ein politisches Instrument, es ist in keinem Falle eine Herabqualifizierung von menschlichen Qualitäten des Bürgermeisters und sonstigen Dingen. Es geht hier um das politische Misstrauen, um den Vertrauensverlust in die Art, wie die Stadt geführt wird, und die Art, wie mit den Finanzen umgegangen wird, und die Art, wie mit den anderen Parteien umgegangen wird. Es ist jetzt nicht der eine Skandal, der da im Vordergrund steht, sondern es ist ein Paket von Vorkommnissen, von Ereignissen der jüngsten Vergangenheit, der letzten paar Wochen, die zu diesem Antrag beigetragen haben. Das sind nicht Dinge, die wir uns selber ausgedacht haben, sondern das sind Dinge, wo es Dokumente, wo es Unterlagen, wo es Zeugnisse von dritter Seite gibt. Allen voran eben diese Gebarungseinschaubericht mit den 27 Seiten, auf die heute schon weitgehend eingegangen wurde - Girokonto, Fremdwährungskredite, vergessene Millionen in den Nachtragsvoranschlägen und und und.
Das zweite, was auch schon angesprochen wurde, das mir so extrem vorgekommen ist, ist eben, dass der Nachtragsvoranschlag 2017, eben der Plan für die weiteren Monate in diesem Jahr , dass der sang- und klanglos gescheitert ist in der letzten Gemeinderatssitzung, wo man wirklich den Eindruck haben musste, da gibt es keine Mehrheit mehr. Es wurde informiert, dass die blaue Fraktion wieder zur Durchwinkstrategie übergegangen ist, dass Missverständnisse vorgelegen sind, dass wir nichts verstanden haben, dass es so knapp war, aber uns hat das irgendwie. Es ist weiters der Umgang mit dem Dienstauto, auf das ein Kollege von mir noch eingehen wird, welches in der letzten Gemeinderatssitzung offenbart wurde. Es geht um die aufgehobenen Beschlüsse, die auch schon erwähnt wurden. Es geht um die rein politische Führung der KIG.
Zu den Grundverkäufen, die Spielraum schaffen sollen, die erwähnt wurden, nur ein Einschub, die Grundverkäufe Straußpromenade und andere müssen ja nach unserer Verpflichtung mit dem Land zu 100% zum Abbau der Überziehungen auf den Girokonten, zum Abbau des Kassenkredites herangezogen werden. Spielräume dadurch werden wir, zumindest in den nächsten Jahren, dadurch nicht erlangen.
Ich denke daher, dass unser Antrag, unser Misstrauensantrag gerechtfertigt ist, auch wenn wir glauben, dass er von den schweigenden Kollegen wieder nicht goutiert werden wird, aber es geht uns hier um das Aufzeigen um das Benennen und darum, unser Unbehagen in dieser Situation zum Ausdruck zu bringen.

Bürgermeister Laab: Diese Vorwürfe sind zu genüge diskutiert. Es gibt diese Gebarungseinschau, es gibt auch die Antwort darauf. Es gibt die Abstimmung mit dem Land NÖ, das diese Gebarungseinschau durchgeführt hat. Der Plan ist festgelegt und die Dinge sind besprochen, auch wenn man noch so lange diskutiert, wird sich das nicht ändern. Wir haben hier keine derartigen Probleme. Wir haben in der Vergangenheit immer unsere Spielräume erwirtschaftet. Wir haben auch unsere Verpflichtungen erledigt und es ist für mich, die wesentlichen

Dinge sind die Zahlen und die bewegen sich in die richtige Richtung. Wir haben zum richtigen Zeitpunkt, glaube auch, die richtigen Maßnahmen gesetzt, sonst hätte der Gemeinderat nicht einstimmig 2008 den Beschluss für die Ausgliederung an die KIG hier durchgeführt.
Ich glaube, es gibt nicht mehr viel zu sagen, dass man hier, ich sage es noch einmal, ein Instrument, das ist gerade in einer Kommune, man kann das vielleicht im Hohen Haus so handhaben, da macht man alle 14 Tage vielleicht irgendwelche Einberufungen von Sitzungen, die derartige Hintergründe haben, aber hier war es in Stockerau eben unüblich. Es hat sich die Situation nicht so viel verschlechtert. Man hat im Frühjahr offensichtlich eher das Gespräch gesucht oder ist auf das Gespräch eingegangen, als dass man hier politische Maßnahmen gesetzt hat. Noch einmal, ich glaube, es sind bewusste Handlungen, um hier auf eine Person dementsprechend politisch zu reagieren, damit man sich hier ein Umfeld schafft oder hier jemanden in eine Richtung bringt, dass man ja politisch sich dann vielleicht mehr Erfolg daraus erhofft. Das halte ich eben für falsch, weil alle sitzen hier, um sich in erster Linie, so haben Sie das auch gelobt, für die Stadt, die Entwicklung und ihre Entscheidung in diese Richtung zu überdenken. Die Zahlen, die ich Ihnen nennen kann, zeigen, dass es in den letzten zehn Jahren hier keine drastischen Veränderungen in die falsche Richtung gegeben hat. Das dies rechtfertigt und darum komme ich zu dem Schluss, dass dies ganz andere Gründe hat, warum wir hier heute zusammensitzen.

Gemeinderat Mayer: Jetzt haben wir die Sichtweisen von den Parteien gehört. Weil immer der Nachtragsvoranschlag in Erwägung gezogen wurde, warum wir dagegen gewesen sind, dies hat Herr Bürgermeister eigentlich schon ausgeführt. Was mich eigentlich stört, ist, wenn einmal eine Partei dagegen ist, weil wir uns das wirklich ansehen, das habe ich schon öfters erwähnt, dass wir uns das genau ansehen, dass wir uns Zeit nehmen und wenn wir uns nicht klar sind, muss keine Zustimmung sein. Aber dass man dann gleich sagt, das wird schleißig vorbereitet, das möchte ich für Direktor Zimmermann nicht so im Raum stehen lassen. Ich sage, er berichtet das nicht schleißig. Er macht es so, wenn Fragen sind, dann ist das sicher jeder Fraktion rechtens dies aufzuklären und abzuklären. Was mir noch aufgefallen ist, von der vorigen Gemeinderatssitzung die Aussagen von Dir. Zimmermann, ich bin öfters schon überprüft worden von Rechnungshof und Buchhaltungsagenturen. Wahrscheinlich haben die Damen und Herren noch nicht solche Überprüfungen gehabt, aber an und für sich wird immer der Sachbearbeiter überprüft und herangezogen, weil der die Auskunft gebenkann. Dass die Verantwortung natürlich beim Bürgermeister liegt bzw. bei meinem Chef liegt, ist klar. Aber ich sehe nichts Verwerfliches, wenn Auskünfte erforderlich sind, wenn der Sachbearbeiter, der das Know-how dazu hat, diese Auskünfte gibt.

Gemeinderat Falb: Es war auch nicht gemünzt auf die technische Vorbereitung. Nein, die Sitzung war nicht ordentlich vorbereitet, aber nicht der Nachtragsvoranschlag technisch. Es geht darum, man geht herein mit einem Nachtragsvoranschlag in der Gemeinderatssitzung, einer der wichtigsten Beschlüsse im Jahr, und es gibt keine Mehrheit. Probieren wir halt einmal, vielleicht gibt es eine, vielleicht gibt es keine, dann ist es auch gut. Daraus haben wir den Schluss gezogen, dass es keine Mehrheit mehr für den Bürgermeister in dem Raum gibt. Entschuldige, dies war der Hintergrund.

Gemeinderat Mayer: Dann habe ich das falsch verstanden.

Gemeinderat Falb: Es geht überhaupt nichts gegen die technische Vorbereitung des Konvoluts.
Nur ganz kurz, weil das angeklungen ist zuerst. Da haben wir das letzte Mal den Tagesordnungspunkt gehabt - Ankauf eines E-Mobils. Jetzt sind wir alle e-mobilitätsorientiert, weil das angeblich so umweltfreundlich ist. Jetzt hat man sich gedacht, ok fein, jetzt bekommt Stockerau auch ein E-mobil. Das zweite E-mobil, freuen wir uns, in Ersatz eines Passats, großes Auto kaufen wir, in Ordnung. Was wir dann erst begonnen haben, zu begreifen während der Sitzung, ist, dass es um den Ersatz Ihres Wagens geht. Das haben erst begriffen, ehrlicherweise wie Sie gesagt haben.

Gemeinderätin Buchta: Das glaube ich nicht, dass Sie das erst begriffen haben, Herr Mag. Falb.

Gemeinderat Falb: Warum?

Gemeinderätin Buchta: Mittlerweile kenne ich Sie ganz gut.

Gemeinderat Falb: Wie Sie dann gesagt haben, Sie zahlen da selber einen Teil dazu. Für gewisse Sonderausstattung, oder habe ich das falsch verstanden? Da haben Sie dann gesagt, mehr oder weniger um den Beschluss zu ermöglichen, den wir dann gegeben haben als Gemeinderat, zahlen Sie einen Teil dazu. Dann hat uns begonnen die Sache zu interessieren. Wie kommt man dazu als Privatperson zu einem Auto etwas dazu zu zahlen. Also unsere Erkundigungen ergeben, dass es dafür keine Rechtsgrundlage gibt. Warum gibt es dafür keine Rechtsgrundlage? Das könnte man jetzt nur nachvollziehen, wenn das Ihr Dienstauto wäre. Aber warum gibt es keine Rechtsgrundlage? Weil es für den Bürgermeister kein Dienstauto gibt, außer in Stockerau scheinbar. Ich wusste das selber nicht, im Nachhinein recherchieren ist immer leichter. Es gibt das Landes- und das Gemeindebezügegesetz 1979 in der Fassung 2017. Da drinnen sind die Bezüge der Gemeinde- und Landesorgane aufgezählt. Da drinnen ist genau aufgezählt, welche Gemeinde- und Landesorgane einen Anspruch auf einen Dienstwagen haben. Nämlich kein Gemeindeorgan und nur ganz wenige Organe des Landes. Jetzt frage ich mich, wie gibt es das? D. h. in Wahrheit müsste dieses Fahrzeug geteilt werden von allen, zumindest von einem Kreis von Anspruchsberechtigten. Es dürfte Ihnen eigentlich nicht exklusiv zur ausschließlichen Nutzung zur Verfügung stehen. Es müsste darüber hinaus, und das würde uns schon interessieren, ob für dieses Auto ein Fahrtenbuch geführt wird.
Das wurde mir von Leuten gesagt, die sich auskennen. Die haben mir das erklärt, dass man für dieses Fahrzeug ein Fahrtenbuch geführt werden müsste, und dass darüber hinaus, wir reden jetzt nicht vom neuen e-Golf. Der neue e-Golf ist nur der Aufhänger wie wir da angefangen haben, uns zu erkundigen. Darüber hinaus würde ein strenges Verbot eigentlich privater Fahrten mit so einem Auto bestehen. Das wird uns gesagt, vielleicht ist das ja alles ein Blödsinn, was wir in Erfahrung gebracht haben. Aber vielleicht könnten Sie zwei, drei Sätze dazu sagen. Vielleicht irren wir uns auch. Vielleicht kann man es auch in einem Schriftverkehr mit dem Land aufklären. Wir wollen da auch gar nicht allzu viel Remmidemmi darum machen. Ich habe mich erkundigt bei ein paar Bürgermeistern, die ich persönlich kenne. Nein, darf ja gar nicht sein. Das war ein bisschen die Auskunftslage in der ganzen Geschichte Dienstwagen und vielleicht können wir da auch noch etwas darüber erfahren. Aber ich sage noch einmal, ich schließe nicht aus, dass ich all diese Gesetze falsch lese und dass die Auskünfte auch falsch sind, wie das halt immer bei uns ist. Das meiste, was wir behaupten, ist ja nicht berechtigt, ist falsch, ist reine Polemik, es geht nur darum, um politischen Profit zu

schlagen. Ich will keinen politischen Profit aus der Sache Dienstwagen schlagen, sondern wir wollen ganz einfach fragen, wie ist das in Stockerau, ist das so gegeben, wie es sich gehört. Übrigens sollten Sie einen Sachbezug bezahlen, hat auch der Sachbezug beim Finanzamt keine Rechtsgrundlage. Die steuerliche Seite ist von der Frage, ob so ein Auto erlaubt ist oder nicht, total zu trennen. Habe ich mich auch schlau gemacht, hat damit überhaupt nichts zu tun.

Bürgermeister Laab: Es ist mir nicht entgangen, es geht nicht um irgendwelche Person, es geht nur um Politik und es wird keine Polemik gemacht. Das haben wir jetzt gehört, wie man Polemik macht. Alle die im Gemeinderat sind, wissen, dass es seit Jahrzehnten so gehandhabt wird, dass der Bürgermeister von Stockerau, der bis zu einem gewissen Jahr einen Dienstwagen mit Chauffeur gehabt hat, das sich dann geändert hat, nur mehr einen Dienstwagen hat. Auch jetzt seit zehn, elf Jahren so weitergeführt wurde, nie ein Problem dargestellt hat. Wie da die Rechtsgrundlage jetzt ist, wie das unsere Mitarbeiter, die das schon vor meiner Zeit geführt haben, wir sind mit dem Finanzamt übereingekommen wie das abzuwickeln ist. Es wurde dieses Auto nicht explizit aber fast ausschließlich vom Bürgermeister genutzt. Aber natürlich steht es dann und wann zur Verfügung. Hat sich in der Realität nicht wirklich ergeben. Der Sachbezug wird verrechnet, die privaten Fahrten sind damit abgedeckt. Ein Fahrtenbuch, so wurde es mir übermittelt, ist eben nicht notwendig. Also, wenn hier eine andere Rechtsauffassung besteht, kann man dieses Thema weiter forcieren.
E-Mobilität – wir haben seit zehn Jahren vier Elektroautos, es fahren die diversesten Mitarbeiter mit Elektroautos.

Gemeinderat Falb: Deswegen haben wir uns auch gefreut. Ist ja super.

Bürgermeister Laab: Sie haben mich missverstanden, wir haben vier Autos jetzt schon und es wird dann ein fünftes Auto. Wir haben uns in diese Richtung immer danach orientiert. Ich glaube, es ist in der Stadt aufgrund der gefahrenen Kilometer durchaus so vertretbar.
Mehrausstattung – es gibt ein Paket und das wurde genommen, so wie es in der Vergangenheit gewählt wurde, damit derselbe Sicherheits- und Ausstattungsstandard gegeben ist. Für den einen oder anderen erscheint es vielleicht als Luxus, aber man ist viel unterwegs, und da muss ich ehrlich sagen, dass es mir Wert ist. Ich halte es für wichtig, dass man für die Verkehrssicherheit auch das eine oder andere in die Ausstattung hinein nimmt. Deswegen ist es für mich auch kein Problem, einen freiwilligen Beitrag zu leisten. Die Leasingrate wird von der Gemeinde entrichtet. Mir war wirklich nicht klar, dass man hier dementsprechend derartig viel Aufsehen darum machen muss, weil das existentielle Dinge sind, die eine Gemeinde betreffen.
Es bringt halt sehr viel und ist sehr günstig, wenn es da wieder um Person geht. Das bestärkt meine Vermutung, dass es hier ganz andere Motive für diese Vorgangsweise gibt.
Wir klären das ab und werden bei Bedarf alle informieren.

Gemeinderat Pfeiler: Das Thema ist wieder so ein nettes Beispiel, bei dem man zeigen kann, wie die Zusammenarbeit in unsere Gemeinde funktioniert. Grundsätzlich war ich der Thematik „Ankauf eines E-Mobils“ positiv gestimmt. Und nicht jetzt sagen, es ist eine Neid-Debatte. Vorhin ist das Thema gefallen, die Oppositionsparteien machen es sich immer einfach. Zufällig am Tag nach der Gemeinderatssitzung, wo der Beschluss zum Ankauf einesE-Mobils gefasst wurde, bekam ich als Umweltgemeinderat vom Umweltressort des Landes NÖ ein Mail, dass die Gemeinden eingeladen werden, sich an einer Ausschreibung des Lands NÖ für E-Mobile zu beteiligen. Ich habe mir gedacht, das ist eine tolle Sache. Wahrscheinlich gibt es in

den nächsten Jahren einige Fahrzeuge, die möglicherweise zu ersetzen sind, so genau kennen wir den Fuhrpark der Gemeinde jetzt auch nicht. Ich habe mich daher kundig gemacht, wie konkret der Ablauf dieser Ausschreibung ist, wie verbindlich die Zahlen sind, die wir nennen würden als Gemeinde und habe die Information an Kolleginnen und Kollegen weitergeleitet. Die Antwort war nichts. Man macht einen konstruktiven Vorschlag, ob und wie wir uns an dieser Ausschreibung beteiligen können. Man bekommt als Gemeinderat nicht einmal eine Antwort. Das ist einmal das erste. Ich glaube, das geht auch vielen Bürgerinnen und Bürgern so. Ich kann unsere Bürgerinnen und Bürger beruhigen, auch wir als Gemeinderäte bekommen keine Antwort. Ich würde mich freuen, die Anmeldefrist für diese E-Mobilitätausschreibung läuft noch bis Ende Oktober. Am 32. Oktober ist es dann zu spät. Es würde mich freuen, wenn wir es schaffen würden, in einer Ausschusssitzung oder in welchem Forum auch immer abzuklären, ob und in welcher Menge wir uns an dieser E-Fahrzeugausschreibung beteiligen könnten, um auf diese Weise die Elektrifizierung unseres Gemeindefuhrparks sinnvoll und dort wo möglich und notwendig fortsetzen zu können.

Gemeinderat Hetzendorfer: Ich möchte mich nicht lange zu Wort melden. In der Zwischenzeit habe ich überlegt, ob ich sie überhaupt unter dem Tisch fallen lasse, aber es liegt mir doch sehr auf der Seele, muss ich ehrlich sagen.
Dass wir finanziell mit den Rücken zur Wand stehen, gibt, glaube ich, jeder hier in diesem Raum im mehr oder weniger großen Ausmaß zu. Es ist schon bezeichnend, dass wir sehr oft sehr große Darlehensaufnahmen haben. Es wird oft entgegnet, dass sei eine ganz normale Darlehensaufnahme. Ich denke aber schon, dass das Ausmaß alarmierend ist. Immer wieder hört man von Schilderungen, die die Finanzen der Stadt in ein ganz anderes Licht rücken, als das heute dargestellte, dass wir eh auf einem guten Weg wären und das man diesen Weg konsequent weitergehen müsste. Ich möchte aber gar nicht weiter darauf eingehen. Der Herr Dummer hat das aus unserer Position sehr klar gemacht.
Ein Punkt, der mir persönlich sehr auf dem Herzen liegt, ist eben zum Beispiel die Umwidmung des Körnerplatzes. Einige werden sich denken, mein Gott schon wieder. Ich habe mich damals vehement dagegen ausgesprochen, dass liegt vor allem daran, dass ich eben glaube, wir sind hier gewählt, so wie wir hier sitzen als Vertreter der Bevölkerung. Aber wenn wir quasi irrgehen und sich die Bevölkerung in einem dermaßen großen Ausmaß an uns wendet und sagt, das wollen wir nicht, eben 2.000 Unterschriften, dann muss man auch die Größe haben, davon Abstand zu nehmen und zu sagen, das machen wir vielleicht lieber doch nicht. So wie das hier dann durchgeführt wurde, dass man hier ein paar Bauplätze schafft, das ist eigentlich wirklich, entschuldigen Sie, das muss ich auch noch hinzufügen, dass es überhastet war, es war ein sehr langer Zeitraum und da hätte man sehr oft die Ausfahrt nehmen können. Das ist eigentlich respektlos der Bevölkerung gegenüber, finde ich. Mich würde wirklich interessieren, warum wir damals bei diesem Projekt nicht die Reißleine gezogen haben und heute mit ein paar Bauplätzen dastehen, die die Gemeinde finanziell sicher nicht sanieren werden, aber einen Haufen verärgerter Bürger hinterlassen haben.

Gemeinderat Bartosch: Noch kurz zum Auto. Ich verstehe nicht, was man zur Verkehrssicherheit alles braucht. Aber vielleicht eine andere Frage. Können Sie ausschließen, dass dieses Kraftfahrzeug, dieser E-Golf, den wir in der letzten Gemeinderatssitzung beschlossen haben, sicher nicht vor dieser Sitzung bestellt wurde.

Bürgermeister Laab: Der Kaufvertrag wurde nach der Sitzung bei der Fa. Spreng unterschrieben.

Gemeinderat Dummer: Ich möchte noch kurz auf das Thema Loyalität eingehen. Ich denke, dass Sie in sehr hohem Maß über die Jahre hinweg die Loyalität Ihrer Fraktionskolleginnen und –kollegen genossen haben. Ich denke nur auch, dass die Grenze zwischen Loyalität und blinden Gehorsam oft sehr eng ist. Und ich denke auch oder habe das Gefühl, dass Sie diese Loyalität in einem sehr hohen Maß überstrapazieren. Ich denke, wenn einem Loyalität in diesem Ausmaß entgegen gebracht wird, dann erfordert das eine gewisse Demut, ein Verantwortungsbewusstsein, das auch wahrzunehmen. Es ist nicht immer so gewesen, dass die Oppositionsparteien Sie nicht unterstützt hätten auf Ihrem Weg. Sie haben auch hier das Vertrauen, das man Ihnen entgegen gebracht hat, sehr oft missbraucht, Zusagen nicht eingehalten, sind über Absprachen drübergefahren, haben sie ignoriert, und das alles führt eben dazu, dass man sagt, so, aus meiner Sicht, soll und kann es in der Stadt Stockerau nicht weiter gehen. Es gibt eine Menge Defizite. Die einzige Antwort, die ich von Ihnen heute und auch in der Vergangenheit immer wieder bekommen habe, ist, das ist nicht wahr. Wir haben das oft genug mit Zahlen und Fakten unterlegt. sie bleiben uns Zahlen und Fakten grundsätzlich schuldig. Die einzige Aussage ist, Sie sehen das anders oder das ist nicht wahr. Das ist einfach zu wenig für jemanden, der die Verantwortung für einen Betrieb mit 340 Mitarbeitern hat, und für eine Stadt mit 18.500 Einwohnern.

Bürgermeister Laab: Ich kann mich nur wiederholen. Die Zahlen sind auf dem Tisch. Wir sind stundenlang zusammengesessen und haben informiert, haben diese Zahlen dargelegt. Sie kommen aber immer wieder auf andere Zahlen. Wir werden und können diese Dinge dementsprechend auch widerlegen. Da gibt es diverse Sitzungen, wo man das im Detail machen kann. Sie werden jetzt nicht verlangen, dass jetzt hier auf das kleinste Detail Zahlen vorgelegt werden, die auch sehr oberflächlich von Ihnen in Argumente eingeworfen werden. Man wird ignoriert, man fährt drüber, das sind auch nicht konkret präzise Angaben. Es gibt diverse Ausschusssitzungen, wo man das im Detail machen kann. Das sollte man in Zukunft auch besser nutzen, um vielleicht auch das eine oder andere Missverständnis auszuräumen.

Gemeinderat Dummer: Dagegen möchte ich mich schon verwehren. Die Zahlen, die ich hier verwende, die sind alle exakt und bestenfalls sind sie abgerundet. Die Zahlen, das sind Fakten. € 110 Mio. Schulden haben wir. € 3 Mio. Defizit haben wir jedes Jahr. € 1,5 Mio. zahlen wir jedes Jahr mindestens in die KIG ein. Das sind alles Fakten.

Bürgermeister Laab: Herr Dummer, in den € 110 Mio. stecken € 52 Mio. Haftung und die von Ihnen hineingenommen werden, die unserer Auffassung nach keine Schuld darstellen, die eine Bürgschaft darstellen, obwohl Ihnen das schon mehrfach erklärt wurde. Dass natürlich auch eine Entwicklung stattfindet, was den Verkehrswert der einzelnen Objekte betrifft. Da werden wir nie zusammenkommen. Sie bezeichnen es als Schuld, wir sehen es als Bürgschaft und wenn der Plan in der Gesellschaft und in der Gemeinde weitergeht, wird diese Haftung nicht schlagend werden und damit werden die auch hinausfallen. Wir haben im Jahr 2007 € 31,7 Mio. Leasingverpflichtungen gehabt, jetzt haben wir € 16,9 Mio. im Jahr 2016 gehabt. Das ist offensichtlich auch keine Zahle, die jemanden interessiert. Ich weiß schon, es wird dann behauptet, man stopft Löcher mit einem Loch mit dem anderen Loch. Das sind Leasingverpflichtungen, die haben mit sonstigen Finanzierungen, die danach passieren, nichts zu tun. Das ist nicht etwas, was für Löcherstopfen verwendet wird.

Stadträtin Völkl: Abschließend noch, Herr Bürgermeister, die € 52 Mio. sind schon sehr reale Schulden und die Stadtgemeinde Stockerau ist 100%ige Eigentümerin der KIG. Daher sind die Schulden der KIG auch unsere Schulden.

Bürgermeister Laab: Die Werte, die dagegen stehen, der Verkehrswert, der steigt, gehört auch 100%ig der Eigentümerin und stellt damit auch einen Wert dar.

Stadträtin Völkl: Da müssten wir alles verkaufen, dass wir die € 52 Mio. zurückzahlen können.

Bürgermeister Laab: Das wollen wir nicht hoffen. Das würde dann tragend werden, wenn diese KIG nicht mehr am Leben zu erhalten wäre. Dann würde auch hier eine Lösung erzielt werden können und damit sind auch Sicherheiten und Werte da.

Gemeinderat Dummer: Diese Werte hatten wir auch schon bevor wir diese € 52 Mio. Schulden hatten.

Bürgermeister Laab: Es hat aber eine Steigerung der Verkehrswerte. Vorher waren die Zustände ich verschiedenen Objekten sind dieselben. Das wird auch leider Gottes ignoriert, dass eine Verbesserung stattgefunden hat.

Stadtrat Holzer: Sie sprechen immer, der Bürgermeister ist verantwortungslos, der Bürgermeister informiert Sie nicht, der Bürgermeister macht das und jenes und alles ist schlecht. Die Lage ist sicherlich nicht einfach. Einige Zahlen möchte ich trotzdem sagen. € 53.800.000,-- Schulden im Rechnungsabschluss 2007, € 33.400.000 im Jahr 2016. Da kann man nur sagen, danke Herr Bürgermeister, dass es Ihnen gelungen ist, die Schulden zu reduzieren. Und ich bin froh, dass Bürgermeister Laab von der SPÖ die Verantwortung trägt und nicht jemand anderer. Bei den Leasingverpflichtungen ist es ähnlich. Von € 31.769.000,-- auf € 16.900,-- - auch eine enorme Reduktion. Und auch hier ist Bürgermeister Laab verantwortlich und die SPÖ ist froh, dass wir die Verantwortung haben. Die Haftungen stimmen, wir haben Haftungen übernommen, aber es stehen Werte dagegen. Der Kassastand wurde von € 14,5 Mio. auf € € 8,7 Mio. reduziert. Danke Bürgermeister Laab, dass es dir gelungen ist. Ich muss auch sagen, es war nicht nur Bürgermeister Laab, es war auch der gesamte Gemeinderat. Der gesamte Gemeinderat ist auch für andere Sachen verantwortlich. Wenn wir von € 40,8 Schuldenaufnahmen in den letzten zehn Jahren sprechen, über € 30 Mio. wurden einstimmig aufgenommen, € 3 Mio. mehrstimmig, und es gibt ganz wenig Schulden, die die SPÖ alleine aufgenommen hat mit dem Koalitionspartner oder mit irgendjemand anderen. Bei den nicht einstimmigen gab es immer wechselnde Mehrheiten. Danke an die Mitglieder des Gemeinderates. Alle Schulden sind zum Wohle Stockeraus aufgenommen worden. Danke nochmals an Bürgermeister Laab. Die SPÖ steht natürlich zu unserem Bürgermeister. Ich kann nur hoffen, dass sich vielleicht der eine oder andere Mandatar den Misstrauensantrag überlegt und genauso wie die SPÖ ihn ablehnt.

Gemeinderat Dummer: Wir haben das eigentlich schon hundertmal erwähnt, aber irgendwie stoße ich auf taube Ohren. Wenn man € 52 Mio. in eine 100%-Tochter verschiebt, dann ist das nicht bezahlt, dann hat man die € 52 Mio. Schulden trotzdem noch.

Stadtrat Holzer: Das sagt die ÖVP.

Gemeinderat Dummer: Trotzdem noch. Außerdem wurde beschlossen am 09.12.2009 vom Gemeinderat, dass der Kassenkredit um € 5,9 Mio. reduziert werden soll. Das ist auch passiert. Danke. Aber es wurde nicht beschlossen, dass im Jahr 2012 und 2013 der Kassenkredit wieder um € 4,3 Mio. ausgeweitet wird. Und da sage ich schon, wer hat da die Verantwortung, wenn solche Dinge ohne Gemeinderatsbeschluss passieren. Noch einmal, die Gemeindeimmobilien gab es auch schon vor der Gründung der KIG, nur waren sie nicht mit € 52 Mio. verpflastert. Jetzt sind sie mit € 52 Mio. verpflastert und wir sagen, die Schulden gibt es nicht mehr, weil die sind in der KIG. Also bitte, das ist ein bisschen weltfremd, muss ich sagen, zumindest vom Finanztechnischen gesehen.

Vizebürgermeisterin Hermanek: Wenn es keine Wortmeldung mehr gibt, dann kommen wir zur **Abstimmung über den Misstrauensantrag**.

Die Abstimmung muss mit Stimmzettel und geheim erfolgen.
Die Wahlzelle ist der Trauungsaal. Dort befindet sich auch die Wahlurne.

Zur Entscheidung über die Gültigkeit oder Ungültigkeit der Stimmzettel werden zwei Mitglieder des Gemeinderates, die unter Berücksichtigung der Parteienverhältnisse ausgewählt wurden, beigezogen.

Als Vertrauenspersonen werden beigezogen:

StR Holzer Othmar	SPÖ
GR Hopfeld Peter	ÖVP

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Prostimmen:	SPÖ	13
	ÖVP	11
	FPÖ	4
	GRÜNE	3
	NEOS	1

Bürgermeister Laab verlässt die Sitzung (20:32 Uhr).

Stimmzettel werden ausgeteilt.

Vizebürgermeister Hermanek unterbricht die Sitzung für die Wahlhandlung.

Alle haben Ihre Stimme abgegeben und die Abstimmung brachte folgendes Ergebnis.

Bekanntgabe des Ergebnisses: 32 Stimmen wurden abgegeben

- für den Misstrauensantrag: 15 Stimmen
- gegen den Misstrauensantrag: 16 Stimmen
- mit Stimmenthaltung: 1 Stimme

Der Misstrauensantrag hat keine Mehrheit gefunden und ist somit abgelehnt.

Vizebürgermeisterin Hermanek: Ich danke den Mitgliedern des Gemeinderates und schließe die heutige Gemeinderatssitzung.

Applaus

Die Vizebürgermeisterin

Susanne Hermanek

Für die ÖVP-Fraktion

StR Dr. Christian Moser

Für die FPÖ-Fraktion

StR Kube Erwin

Für die GRÜNEN-Fraktion	Für die NEOS
GR Mag. Andreas Straka	GR Dr. Martin Fischer
Für das Protokoll	Schriftführerin
StADir. Dr. Maria-Andrea Riedler	Doris Eder